

STICH

13. JAHRGANG

4 / 9 5

DEZEMBER 95

WEITERE THEMEN

STICHWORT: BAYER-GIFTE IN ATOMFABRIK
STICHWORT: BAYER-HOLZGIFTOPFER UNTERLIEGEN
STICHWORT: BAYER-TIERFOLTER IM LABOR



Foto: Antifaschistische Gruppe, Frankfurt/Main

BAYER-KRITIKERINNEN FORDERN ENTSCHÄDIGUNG
TUMULT AUF IG FARBEN-HAUPTVERSAMMLUNG
KZ-ÜBERLEBENDE KLAGEN AN
ENTSCHÄDIGUNG MIT MAULKORB
COORDINATION VERÖFFENTLICHT NEUES BUCH

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

FÜR FREUNDE & BEKANNTE

STICH- WORT BAYER

nur DM 2,-
pro Heft

Noch immer findet STICH-
WORT BAYER nicht aus-
reichend Verbreitung. Des-
halb bieten wir allen Abo-
nenntInnen und Mitglie-
dern die Möglichkeit, zu-
sätzliche Hefte für DM 2,-
pro Stück für die Weiter-
gabe an Freunde & Bekann-
te zu kaufen. Hinzu kommt
noch Porto: DM 2,- bis 2
Hefte, DM 5,- ab 3 Hefte.

COUPON

Ja, ich bestelle zur regel-
mäßigen Lieferung (4 x/Jahr)
zusätzlich zu meinem Abo-
bzw. Mitgliedsheft

// 2 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 4,- zzgl. DM 2,- Porto

// 5 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 10,- zzgl. DM 5,- Porto

// 10 Expl. STICHWORT BAYER
für DM 20,- zzgl. DM 5,- Porto

Name

Vorname

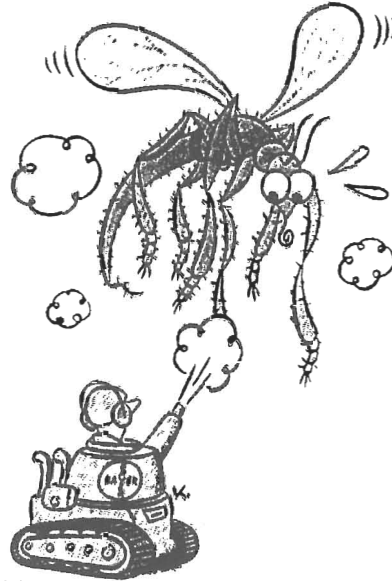
Straße

Ort

Tel.

CBG, PF 15 04 18, 40081 Düsseldorf

STICHWORT BAYER 4/95 INHALT



IG FARBEN

* Honneckerknechte ...
* KZ-Überlebende klagen
BAYER an
* Entschädigung mit
Maulkorb

SEITE 4

GIFTMÜLL

* Gifte in Atomfabrik

SEITE 22

SCHLAGLICHTER

AKTION & KRITIK, S. 9
KAPITAL & ARBEIT, S. 10
POLITIK & EINFLUSS, S. 12
IG FARBEN & HEUTE, S. 13
ERSTE & DRITTE WELT, S. 14
DRUGS & PILLS, S. 14
GENE & KLONE, S. 16
KAMPFGASE & NERVENGIFTE, S. 17
PESTIZIDE & HAUSHALTSgifte, S. 17
TIERE & VERSUCHE, S. 18
PROPAGANDA & MEDIEN, S. 18
IMPERIUM & WELTMARKT, S. 19
UNFÄLLE & KATASTROPHEN, S. 20
RECHT & UNBILLIG, S. 20
LEHRE & HOCHSCHULE, S. 21
SPORT & MEDAILLEN, S. 21
LESER & MEINUNG, S. 21

SEITE 9

Wir wünschen allen Leserinnen
und Lesern ein schönes Weih-
nachtsfest und ein erfolgreiches,
engagiertes neues Jahr.
Übrigens: STICHWORT BAYER
können Sie auch zu Weihnach-
ten verschenken. Das Jahresabo
kostet 48,- DM. Bestellen Sie
unter 0211 / 333911. Wir liefern
die erste Ausgabe rechtzeitig
zum Fest. Kostenlos dazu gibt es
je ein Sonderheft "Bhopal mahnt"
und "Nie wieder!" sowie unser
erfolgreiches Buch "BAYER macht
Kasse". Bestellen Sie jetzt.

HOLZGIFTE

* Tragödie für die Opfer

SEITE 24

TIERVERSUCHE

* Folter im Labor

SEITE 28

STICHWORT BAYER 4/95 IMPRESSUM

STICHWORT... - Die anderen
Informationen zu einem multinationa-
len Chemiekonzern. 13. Jahrgang
Postvertriebsstück F 10848 F
Hg.:

**COORDINATION
GEGEN
BAYER-GEFAHREN**

[CBG e. V.], Für mehr Umweltschutz
und sichere Arbeitsplätze bei BAYER -
weltweit. Die CBG ist ein internationa-
les Selbsthilfe-Netzwerk, das vom mul-
tinationalen BAYER-Konzern Betroffene
und an diesem Konzern Interessierte
zusammenschließt und die Tätigkeit
dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der
Arbeit ist es, die von BAYER ausgehen-
den Gefahren für Mensch, Tier und
Mitwelt bekanntzumachen, einzudäm-
men und möglichst ganz abzustellen.
Je ein Exemplar von STICHWORT... wird
dem Vorstand des BAYER-Konzernes,
Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen,
übersandt. LeserInnen haben so-
mit die Möglichkeit, die Konzernlei-
tung zu bitten, zu bestimmen, in
STICHWORT... behandelten Themen,
Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf
(ho). Mitarbeit: Uwe Friedrich (uf), Phillip
Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks)

NEU e-mail:
Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

Korrespondenz: CBG, PF 15 04 18, 40081
Düsseldorf. Wie bitten um Zusendung von
LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefe

Geschäftsstelle: Fon: (021 1) 333911, Fax:
(021 1) 333940

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/
Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100
Postgiroamt Essen, Konto Nr.
378383 - 439, BLZ 360 100 43

Eigenverlag.
Satz, Layout, Vertrieb: CBG
Druck: Wir danken dem Bundesvor-
stand von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN,
Bornheim, ganz herzlich für den Druck.

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste
vom 01.01.1994 (1/15. sw DM 1.000,-,
1/2S. DM 600,-, 1/3S. = 1 Spalte DM
350,- zzgl. MWSt.)

STICHWORT... erscheint in 4 Ausgaben
pro Jahr. Das Einzelheft kostet DM 12,-,
das Jahresabonnement DM 48,- (ermä-
ßigt: DM 30,-). Mitglieder und Förderer
der COORDINATION erhalten
STICHWORT... kostenlos.

Der Nachdruck von Artikeln aus
STICHWORT... ist ausdrücklich
erwünscht. Bitte Quelle angeben und
zwei Belegexemplare übersenden.

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte, Bilder und Photographien
wird keine Haftung übernommen.
Rechtlich geschützte Warenzeichen
werden in STICHWORT... ohne
gesonderten Hinweis genannt. Da-
raus ist nicht auf die freie Verwend-
barkeit der Markennamen zu
schließen.

Eigentumsvorbehalt:
Die Zeitschrift STICHWORT... bleibt
solange Eigentum des Absenders, bis
sie dem/der Gefangenen persönlich
ausgehändigt worden ist. Wird die
Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie dem
Absender unter Angabe des Grundes
unverzüglich zurückzusenden.

Zur Aufnahme in den portosparen-
den Postzeitungsdienst hat die Deutsche
Bundespost (heute: Post AG) verfügt,
den Firmennamen BAYER aus dem Titel
dieser Zeitschrift zu streichen.
STICHWORT... ist her vorgangenen aus
STICHWORT BAYER.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

im zu Ende gehenden Jahr hat die COORDINATION einen Großteil ihrer Kraft darauf verwandt, an die düstere Geschichte der deutschen chemischen Industrie im 3. Reich zu erinnern und eine Entschädigung für die Opfer von damals zu fordern. Mit 10 befreunden Gruppen wurde daher die Kampagne "Nie wieder!" gestartet, ein Aufruf in mehreren überregionalen Tageszeitungen veröffentlicht, ein Buch und eine Broschüre veröffentlicht (s. Coupon S.7) sowie eine Tagung mit Überlebenden der IG FARBEN-Konzentrationslager durchgeführt. Bei den Hauptversammlungen von BAYER, BASF und HOECHST und der noch immer existenten IG FARBEN i. A. wurden unsere Forderungen vorgetragen und durch die zahlreichen Presseberichte wurde eine breite Öffentlichkeit erreicht.

Doch wie geht BAYER mit der Forderung nach Entschädigung um? Dies läßt sich exemplarisch am Fall Prinz zeigen: Hugo Prinz, amerikanischer Jude, leistete in Auschwitz jahrelang Zwangsarbeit für die IG FARBEN und überlebte als einziger seiner Familie. Seit Anfang der achtziger Jahre kämpfte er für eine finanzielle Entschädigung (vgl. SWB 2/95). Jahrelang stellte sich BAYER taub, erst als der politische Druck zu groß wurde (u. a. hatte sich Präsident Clinton für den Fall stark gemacht), reagierten die Anwälte. Prinz und 10 weiteren Beteiligten wurde Ende September eine geheim gehaltene Summe zuerkannt, dafür wurde die Klage zu-



Philipp Mimkes ist Geschäftsführer der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

rückgezogen und Stillschweigen vereinbart. Ein schlechtes Gewissen bei BAYER? Ein später Anflug von Reue? Weit gefehlt, denn diese Taktik ist von anderen Fällen (wie dem von aidsverseuchten Blutprodukten) her bekannt. Bevor es zu einem Gerichtsurteil kommt, auf das sich andere Betroffene berufen könnten, werden die politisch heiklen Fälle mit Geld zum Schweigen gebracht. Da alle Verträge geheim bleiben, gibt es keine neue Rechtsverbindlichkeit. Zehntausende, vor allem in Polen und Rußland, werden weiterhin leer ausgehen.

Bis heute versuchen BAYER und Co zu verschleiern, daß der 2. Weltkrieg ohne die IG FARBEN nicht durchführbar gewesen wäre, daß hemmungslos alle Ressourcen, eben auch die menschlichen, ausgebeutet wurden und daß eine Auseinandersetzung mit der Geschichte nie stattgefunden hat. Bis heute ist es BAYER nicht einmal peinlich, sich selbst als Opfer des 3. Reichs darzustellen. Und keiner der Konzerne stellt sich der Diskussion, keiner folgte unserer Einladung zu einer Podiumsdiskussion mit Politikern und ehemaligen

Häftlingen. Chemie im Dialog?

Doch auch die politische Ignoranz regiert weiter. In Frankfurt sollte am wiedereröffneten IG FARBEN-Haus eine Gedenktafel enthüllt werden, der vom Zentralrat der Juden konzipierte Text wies auf Ausbeutung von Arbeitsklaven und Kriegstreiberei der IG FARBEN hin. Doch nach einem Artikel in der FAZ, in dem der zuständigen Ministerin Zusammenarbeit mit Splittergruppen vorgeworfen wurde, wurde die Einweihung kurzfristig abgesagt, der Text solle überarbeitet werden. Ein Schlag ins Gesicht der Opfer, die bis heute um ihre Würde kämpfen und ein Grund mehr, auch die Politik nicht aus der Verantwortung zu entlassen.

Die Kampagne "Nie wieder!" ist erfolgreich. Konnte die IG FARBEN i. A. früher ihre Hauptversammlungen völlig unbeobachtet durchführen, so berichten heute alle großen Zeitungen und das Fernsehen ausführlich. Gerade auch im Ausland, in England und Italien, in Israel und den USA, ist man sich der Zusammenhänge sehr genau bewußt, wie die vielen Artikel und Interviews beweisen. Immerhin sah sich Jürgen Dormann, Vorstandsvorsitzender von HOECHST, durch diesen Druck genötigt, "einen angemessenen Betrag für den Erhalt der Gedenkstätten" zu versprechen. Eine Geste, mehr nicht, aber solange BAYER nicht einmal zu solchen symbolischen Handlungen bereit ist, werden wir das Thema weiter in die Öffentlichkeit bringen.

Philipp Mimkes

BAYER.

“Honeckerknechte, Kommunistenpack”

Tumult auf IG FARBEN-Hauptversammlung

(CBG) Frankfurt 9.8.95: Hauptversammlung des IG FARBEN Konzerns. Während anderswo 50 Jahre Befreiung gefeiert werden, sorgen hier kleinstädtische AktionärInnen für das Weiterleben eines unseligen Relikts aus dem Dritten Reich, der Interessengemeinschaft (IG) FARBEN. “An diesen Aktien klebt Blut” und “IG FARBEN sofort auflösen, Zwangsarbeiterentschädigen”, diese Forderungen prangen an den Transparenten, die 50 KritikerInnen den rund 400 AktionärInnen entgegenhalten. Nur ungern nehmen die Altnazis und JungspekulantInnen Flugblätter an. Denn sie sind nicht zum Steigenberger Avance Hotel in Frankfurt gekommen, um sich mit der Geschichte ihres Konzerns auseinanderzusetzen. Für sie stehen vielmehr die nach dem Krieg enteigneten Ostgrundstücke im Mittelpunkt, deren Rückgabe die IG FARBEN seit dem Fall der Mauer hartnäckig fordert.

Stürmisch beginnt die Hauptversammlung, denn kurz nach der Eröffnung durch Aufsichtsratsvorsitzenden Ernst Krienke kommt es zum Eklat. Eduard Bernhard, kritischer Aktionär und Vorstandsmitglied des BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz), fordert die Zulassung von Radio- und Fernsehübertragungen: “Es besteht ein internationales, öffentliches Interesse an dieser Versammlung”, so Bernhard. Der Kritiker wird niedergebrüllt. “Halt's Maul”, schreit ein aufgebracht Aktionär: “Ich war früher Offizier, ich weiß, wie man mit solchen Leuten umgehen muß”. Die Menge grölt zustimmend.

Fünf junge AktionärInnen springen auf und rufen “Nieder mit dem Faschismus. Hinter dem Faschismus steht das Kapital.” Die Situation gerät völlig außer Kontrolle. “Honeckerknechte”, “Kommunistenpack”, “Das ist die deutsche Jugend”, wird geschrien. Unter dem Jubel der Anwesenden läßt Krienke die fünf von angeheuertem Schwarzen Sheriffs aus dem Saal zerrren. “Wir werden prüfen, ob wir diese Randalierer wegen Hausfriedensbruchs anzeigen können”, heizt der Aufsichtsratsvorsitzende die Menge an.

Hoch her geht es auch bei den Redebeiträgen der kritischen AktionärInnen. “Die IG FARBEN muß sofort aufgelöst werden, das Geld soll den noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern und deren Hinterbliebenen ausbezahlt wer-

den”, fordert Philipp Mimkes, Geschäftsführer der COORDINATION BAYER-GEFAHREN (CBG). Bei seinem Versuch dem Aufsichtsratsvorsitzenden ein Exemplar des neu erschienen Buches “Von Anilin bis Zwangsarbeit” über die Geschichte der IG FARBEN zu überreichen, tobt der Saal. “Historische Beleh- rungen” habe man nicht nötig.



Foto: Antifaschistische Gruppe, Frankfurt/M.

Peter Gingold vom Verein der Verfolgten des Naziregimes (VVN) geht auf eine Besonderheit der IG FARBEN-Aktien ein. Diese werden

nämlich an der Börse nicht als Aktien, sondern als “Liquidations-Anteilsscheine” gehandelt, von Fachleuten kurz “Liquis” genannt. Der Nennwert - auch das eine Besonderheit - wird bis heute noch in Reichsmark angegeben. “Die Inhaber der Liquidationsanteile der IG FARBEN besitzen mit ihren Aktien einen Anteil an der Liquidation der europäischen Juden”, verdeutlicht er die moralische Verantwortung der InhaberInnen. Auch sein Redebeitrag wird mit verächtlichen Bemerkungen und Kopfschütteln quittiert.

Vor den teilweise tumultartigen Protesten im Saal kapitulieren zwei weitere KritikerInnen, sie brechen ihre Reden vorzeitig ab: Eva Bulling-Schröter, Bundestagsabgeordnete der PDS, konzentriert sich in ihrer Rede auf die Rückgabe der Ostgrundstücke. Auf Kosten der SteuerzahlerInnen werde versucht, aus den enteigneten Grundstücken Kapital zu schlagen. Denn es sei völlig aussichtslos, diese Flächen tatsächlich zurück zu bekommen. Vielmehr gehe es den Verantwortlichen des Unternehmens darum, bei der Bundesregierung Entschädigungszahlungen durchzusetzen.

Die Anwälte der IG FARBEN klagen zur Zeit bei verschiedenen deutschen Gerichten um die Rückgabe von Ländereien, die zusammen genommen die Größe des Saarlands haben. Sollte die IG FARBEN diese Grundstücke oder den Gegenwert tatsächlich erhalten, würde der Kurs

der Aktie schlagartig nach oben schnellen. Und genau darauf spekulieren viele Aktionäre.

Auch CBG-Redner Marc Pletzer muß wegen der Proteste des Versammlungsleiters und ZuhörerInnen aus dem Saal seine Rede vorzeitig abbrechen. Er stellt die moralische Verpflichtung der AktionärInnen in den Mittelpunkt: "Wenn schon die Unternehmensleitung den ehemaligen Zwangsarbeitern Entschädigungszahlungen verweigert, dann sollte jeder Aktionär seine Anteilsscheine direkt an ein Opfer der IG FARBEN verschenken."

Doch die Kritik an der Unternehmensleitung kommt in diesem Jahr nicht nur von VertreterInnen der "Nie wieder!"-Kampagne (siehe Seite 6). Besonders der überraschende Rücktritt des Ex-Bundesverkehrsministers Günther Krause erhitze die Gemüter. Krause war 1994 zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt worden. Von ihm versprochen sich Unternehmensleitung und AktionärInnen einen Durchbruch bei der Rückübertragung der alten DDR-Grundstücke. Denn Krause war maßgeblich an der Ausarbeitung des Wiedervereinigungsvertrags zwischen der BRD und der DDR beteiligt. Kritisiert wird, daß der Politiker nicht zur Entlastung erschienen ist, sondern sein Mandat kurz vor der Hauptversammlung niedergelegt hatte. Krienke bittet unterdessen die AktionärInnen um Nachsicht: Aufgrund der Kürze der Zeit, könne kein geeigneter Nachfolger vorgeschlagen werden. Ein auch aktienrechtlich brisanter Fall, schließlich kann eine legitime Wahl nur auf der Hauptversammlung erfolgen. Über den von Henry Matthews (Dachverband der kritischen AktionärInnen) eingebrachten Antrag, die PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter in den Aufsichtsrat zu wählen wurde nicht abgestimmt.

Zwei Tage vor der Hauptversammlung hatte die Kampagne "Nie wieder!" zu einer Podiumsdiskussion nach Frankfurt geladen. "50 Jahre Kriegsende. 50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Die Verantwortung der IG FARBEN" so der Titel der Veranstaltung. Trotz Ferienzeit und großer Hitze erschienen knapp 100 interessierte BürgerInnen. Drei

ehemalige Zwangsarbeiter schilderten Ihre Erfahrungen aus der Zeit des Dritten Reiches. Unter ihnen Hans Frankenthal, der zusammen mit seinem Bruder im IG FARBEN eigenen KZ schuffete. Er berichtete anschaulich wie die Häftlinge von IG FARBEN-Managern schon auf der Rampe aussortiert wurden. "Die IG FARBEN-Direktoren führten zusammen mit den SS die Selektion durch. Es ist eine Verhöhnung der Opfer, wenn sie später sagten, sie hätten von alledem nichts gewußt." Rund 350.000 Häftlinge haben bei der IG FARBEN Zwangsarbeit leisten müssen. Allein im IG FARBEN-Werk Monowitz - sieben Kilometer von Auschwitz - kamen mindestens 30.000 Menschen ums Leben. Hans Frankenthal und sein Bruder entgingen der "Vergasung" nur knapp.

Peter Gingold hatte als einziger seiner Familie den Holocaust überlebt. Engagiert setzte er sich in Frankfurt dafür ein, daß auch die IG FARBEN-Nachfolger Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter leisten sollen.

Als Vertreter polnischer Zwangsarbeiter hatte Karol Gawlowski den Weg nach Frankfurt auf sich genommen, um auf die besondere Situation osteuropäischer Zwangsarbeiter hinzuweisen. 45 Jahre habe es keinerlei Entschädigungen gegeben, da sich Deutschland stets geweigert habe, in kommunistische

Länder Geld zu transferieren. Erst Anfang der neunziger Jahre wurde eine Stiftung der Bundesrepublik Deutschland errichtet, von der den Betroffenen ein einmaliger Betrag von durchschnittlich 500 DM gezahlt wurde. Diese Zahlung sei zwar als eine Geste des guten Willens verstanden worden, aber für die heute hochbetagten und oftmals gesundheitlich angeschlagenen Überlebenden nicht genug. Die meisten leben heute ohne Altersversorgung. Gawlowski selbst arbeitete in zwei deutschen Firmen und saß wegen eines Fluchtversuchs in insgesamt 12 Gefängnissen.



Die beiden Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter (PDS) und Jürgen Rochlitz (Bündnis 90/Die Grünen) sowie der kritische BAYER-Aktionär Hubert Ostendorf stellten die moralische Verantwortung der Nachfolgekonzerne in den Vordergrund.

Hintergrund:

Die IG FARBEN in Abwicklung

Schon früh unterstützten die IG FARBEN - ein Zusammenschluß von BASF, BAYER und HOECHST und einigen kleineren Chemieproduzenten - die Nationalsozialisten finanziell. Als einziger Konzern richtete die IG FARBEN ein eigenes KZ ein: das Konzentrationslager Auschwitz Monowitz. Mehr als 30.000 Häftlinge wurden hier durch "Arbeit vernichtet". Die IG FARBEN lieferten auch das berüchtigte ZYKLON B und erleichterte den Nazis damit den millionenfachen Mord an der jüdischen Bevölkerung, an Sinti, Kommunisten, Christen

Bereits 1945 ordneten die Alliierten, wohlwissend um die Mittäterschaft, die Auflösung des Chemiekartells an und enteigneten die IG FARBEN. Seither befindet sich die IG FARBEN AG in Liquidation. De facto werden ihre Anteilsscheine immer noch am Markt von Spekulanten gehandelt. Seit dem Fall der Mauer schießt man hier auf Rückübertragung von Grundstücken aus der ehemaligen DDR.

Die Nachfolgefirmen BASF, BAYER und HOECHST sind heute größer und mächtiger als es die IG FARBEN jemals waren. 90% des Konzernvermögens der alten IG FARBEN teilen sie unter sich auf. Bereits kurz nach Kriegsende saßen in den Vorstandsetzeln wieder die gleichen alten Herren.

Auch 50 Jahre nach Kriegsende warten noch Tausende von ehemaligen Zwangsarbeitern des Konzerns und ihre Hinterbliebenen auf eine späte Gerechtigkeit. Die, welche unter un-menschlichen Bedingungen für die Gewinne des IG FARBEN-Konzerns schufften mußten, erhielten für ihre unfreiwilligen Dienste bislang bestenfalls ein Taschengeld als Entschädigung.

Breites Bündnis

Unter der Forderung "Nie wieder" hat sich ein breites Bündnis zusammengeschlossen. Opferverbände und kritische Aktionäre der Nachfolgefirmen fordern gemeinsam die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter.

Beteiligt sind unter anderen die kritischen AktionärInnen der FARBEN-Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST sowie das Auschwitz-Komitee und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Ihre Forderungen werden mittlerweile von den Bundesvorständen von Bündnis 90/Die Grünen, PDS, Jusos sowie von über 50 weiteren Organisationen und Vereinen und hundert von Einzelpersonen unterstützt.

Die Forderungen lauten:

- Die für die IG FARBEN-Verbrechen verantwortlichen Manager aus der Wirtschaft müssen öffentlich benannt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die immer noch existierende IG FARBEN i. A. müssen anlässlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden.
- Die IG FARBEN-Zwangsarbeiter und ihre Hinterbliebenen müssen endlich entschädigt werden, auch durch die Nachfolgefirmen BASF, BAYER und HOECHST.
- Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der IG FARBEN betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.
- Die IG FARBEN-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.
- Die IG FARBEN i. A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen "Blut-Aktien" muß sofort unterbunden werden.
- Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Verantwortliche müssen sofort eingestellt werden.

Noch ist die Kampagne "Nie wieder" nicht beendet. Weitere UnterstützerInnen werden gesucht. Kontaktadresse: "Nie wieder", Postfach 15 04 18, 40018 Düsseldorf, Tel. 0211-333911, Fax 0211-333940. Spendenkonto: 10 1796 10 bei der Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00.

KZ-Überlebende klagen an

"Konzerne müssen sich ihrer Geschichte stellen"

(pm) Auf einer Podiumsdiskussion der von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN initiierten Kampagne "Nie wieder!" anlässlich der IG FARBEN-Hauptversammlung gaben "kämpferische alte Männer" den Ton an. Auch nach 50 Jahren setzen sie sich vehement für ihre Rechte ein und erheben die dunkle Zusammenarbeit von Industrie und Nazi-Staat.

Peter Gingold, der in der Resistance als einziger seiner Familie den Krieg überlebte, betonte, daß Auschwitz in letzter Konsequenz das Lager der IG FARBEN war. "Die Zusammenarbeit läßt sich nicht auf das IG FARBEN-Lager Monowitz reduzieren. Auch die Selektion in Birkenau wurde auf Anweisung der IG FARBEN vorgenommen. Die Planung aller Lager und der Gaskammern erfolgte in enger Kooperation. Zwischen den Lagern Birkenau und Monowitz wurde eigens eine Feldbahn errichtet. Und auf Anweisung der SS wurde das ZYKLON B so weiterentwickelt, daß es keinen Geruch mehr hatte". Die Geschichtswissenschaft, so Gingold, mache bis heute nur ungenügend deutlich, daß der Krieg ohne die Sprengstoff-, Benzin-, und Kautschuklieferungen der IG nicht hätte stattfinden können.

Hans Frankenthal, der mehr als zwei Jahre Zwangsarbeit im KZ Monowitz überlebte, ergänzte, daß er im Werk nicht nur die IG FARBEN-Vorständler Ambros und Bütefisch, sondern auch Heinrich Himmler und andere SS-Spitzen gesehen hatte. Die IG FARBEN wußte also bis hin zum Vorstand über die Zustände genauestens Bescheid. Bei den gefürchteten Selektionen wurden die nicht mehr arbeitsfähigen Zwangsarbeiter von der SS gleich nach Birkenau mitgenommen. Zudem bereicherten sich die IG FARBEN, wo sie nur konnten, die Tochter DEGUSSA verwertete beispielsweise das Zahngold der Ermordeten. Und die Tochterfirma DEGESCH, an der der BAYER-Konzern zu 49 % beteiligt war und vermutlich bis heute noch beteiligt ist, unterwies die SS in der Handhabung des ZYKLON B. "Als ich dann 1990 das erste mal auf der Hauptversammlung der IG FARBEN in Abwicklung sprach, wurde ich 10 mal unterbrochen und schließlich wurde mir das Wort entzogen. Im weiteren Verlauf wurde dann gesagt, 'man müsse sich mit den Juden gutstellen, schließlich beeinflussen sie die öffentliche Meinung'. Dies ist das selbe Denken wie damals". Frankenthal leidet bis heute unter schwersten Gesundheitsschäden, da er sich im KZ ein steifes Bein und eine Tuberkulose zugezogen hatte.

Auch der dritte direkt Betroffene, Karol Gawlowski aus Warschau, schilderte detailliert seinen Leidensweg. 25 Monate hatte er in Haft gesessen, in 12 Gefängnissen, Exekutionen waren an der Tagesordnung. Hinzu kamen zwei Jahre Zwangsarbeit bei der Firma HEINKEL in Stuttgart. Gawlowski vertrat den "Verein der durch das III. Reich geschädigten Polen" mit 700.000 Mitgliedern. Er erinnerte daran, daß die polnischen Juden bis heute nicht einmal die geringen Leistungen erhalten hatten, die die westeuropäischen Opfer in den fünfziger Jahren bekamen - ein spätes Vermächtnis des Bankiers Abs, der beim Londoner Schuldenabkommen 1953 Zahlungen in kommunistische Länder ausgeschlossen hatte. Wie die Kampagne "Nie wieder!" vertritt auch Gawlowski die These, daß heute vor allem die damals profitierenden Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden müßten. "Unsere Mitglieder werden immer älter und verbitterter. Der Gang vor die Gerichte kann diesen Menschen nicht zugemutet werden. Die Konzerne müssen sich ihrer Geschichte stellen". Auch Präsident Herzog und Kanzler Kohl habe er auf deren Polen-Reisen mit seinen Forderungen konfrontiert.



Hans Frankenthal, Karol Gawlowski und Peter Gingold (v. l.) fordern Wiedergutmachung.
Foto: CBG

NEU Der Erfolgstitel. Erste Auflage fast vergriffen.

Bericht über die Geschäfte der IG FARBEN

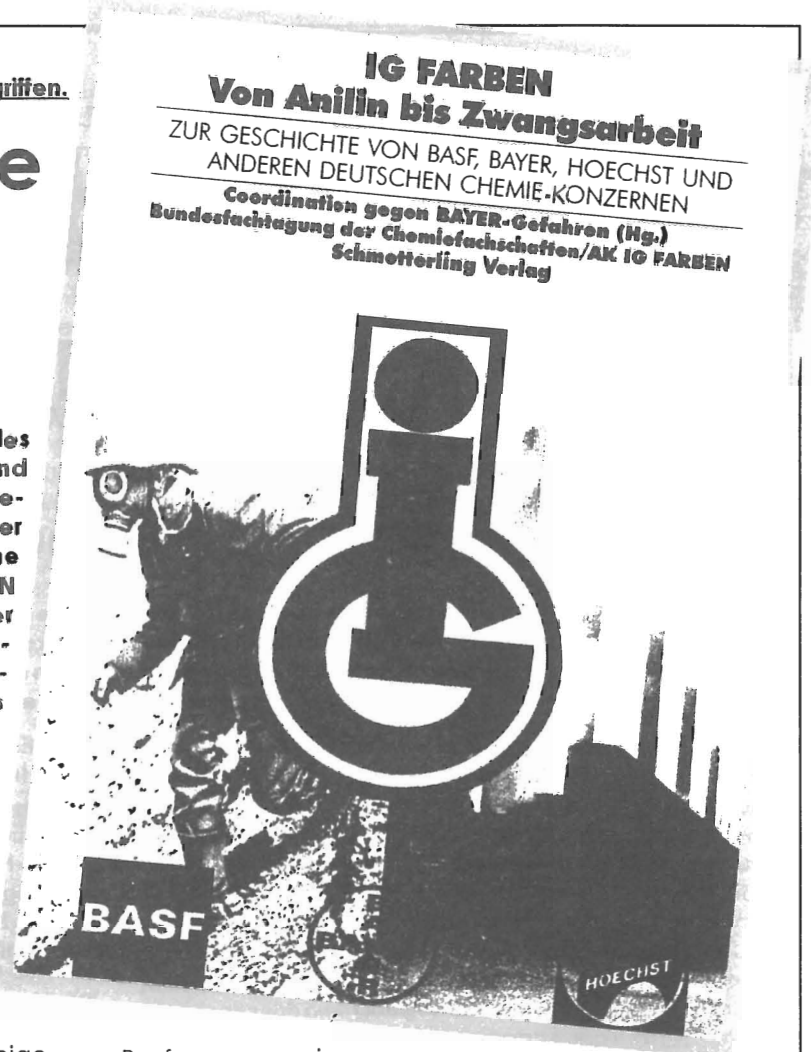
Überall auf der Welt wird der Opfer des Nationalsozialismus' gedacht. Doch während hochrangige Regierungsvertreter wohlfeile Reden halten, warten ehemalige Zwangsarbeiter des IG FARBEN-Konzerns noch immer auf eine gerechte Entschädigung. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat nun unter dem Titel „IG FARBEN: ... von Anilin bis Zwangsarbeit“ ein Buch vorgelegt, das die Verantwortung der Konzerne für Auschwitz und andere Verbrechen belegt.

Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte ereignete sich hinter Stacheldraht. Hunderttausende Menschen mußten unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit für den IG FARBEN-Konzern leisten. Die meisten verloren ihr Leben, „vernichtet durch Arbeit“, wie es im SS-Jargon hieß. Die chemische Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, hat von dieser unheilvollen Entwicklung nicht nur profitiert, sondern sie aktiv herbeigeführt. Der damalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war es, der das FARBEN-Kartell zusammenschmiedet hat. Die IG FARBEN hat Hitler frühzeitig unterstützt, den Bau von Auschwitz finanziert und schließlich ein eigenes Werk (BUNA II) mit angehörigem KZ (Monowitz) installiert. Die LeserInnen des Buches werden engagiert in die historischen Zusammenhänge eingeführt, die mit ausgewählten Dokumenten und Abbildungen angereichert worden sind.

Ein besonderes Augenmerk richten die AutorInnen auf die Verbrechen, die im Namen von Rassenwahn und Profitsucht begangen worden sind. Ein Briefwechsel zwischen BAYER und der SS „betreffs der Lieferung von Frauen“ zu medizinischen Versuchen dokumentiert, auf welcher grausamen Weise die Menschenwürde mißachtet worden ist. „Alle Frauen sind gestorben. Wir werden uns wegen einer neuen Lieferung demnächst an sie wenden“, heißt es in einem Schreiben aus dem Hause BAYER.

Nach dem Krieg wurde die IG FARBEN formal entflochten. Doch die Macht von BAYER, HOECHST und BASF ist heute größer denn je. Wen wundert da, daß BAYER seine Geschichte von hochrangigen

Günstige Staffelpreise / Rabatte
ab 5 Expl. 10%, ab 10 Expl. 15%
ab 25 Expl. 20%, ab 50 Expl. 25%
ab 100 Expl. 30%



IG FARBEN
Von Anilin bis Zwangsarbeit
ZUR GESCHICHTE VON BASF, BAYER, HOECHST UND
ANDEREN DEUTSCHEN CHEMIE-KONZERNEN
Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.)
Bundestagung der Chemiefachschaften/AK IG FARBEN
Schmetterling Verlag

Professoren reinwaschen läßt und Forderungen nach Entschädigung mit Gewalt erstickt. Die Rede eines Kritikers zu diesem Thema auf der Hauptversammlung (im Anhang des Buches dokumentiert) wurde vom Werkschutz brutal verhindert.

Besondere Beachtung verdient ein Kapitel, das sich mit einem hierzulande nicht bekannten Fall in den USA befaßt. Ein ehemaliger Zwangsarbeiter hat gerichtlich durchgesetzt, daß er die Nachfolger der IG FARBEN auf Entschädigung verklagen darf, ein Tatbestand, der bei BAYER, HOECHST und BASF für einige Aufregung sorgen Rechtsgeschichte schreiben wird.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (Hg.):
IG FARBEN: ... von Anilin bis Zwangsarbeit
Schmetterling Verlag, Stuttgart
ISBN 3-926369-46-9, 240 Seiten, viele Fotos
nur DM 24,80

COUPON

Ja, ich bestelle _____ Buch/Bücher "IG FARBEN: ... von Anilin bis Zwangsarbeit" zum Preis von DM 24,80 pro Stück zzgl. DM 5,- für Porto und Verpackung (einmalig, für die gesamte Lieferung). Einen Verrechnungsscheck in Höhe von DM _____ lege ich bei.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Bestellung bitte an: CBG, PF 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Bundesregierung stellt sich vor IG FARBEN-Nachfolger

Entschädigung mit Maulkorb

Erhalten IG-FARBEN-Opfer in USA nur 3 Mio. Dollar?

(swb) Im Rahmen einer übergreifenden Lösung hat die Bundesrepublik Deutschland nach jahrelanger Auseinandersetzung die Entschädigung für das amerikanische NAZI-Opfer Hugo Princz geregelt. Der 72jährige hatte vor amerikanischen Gerichten eine Millionenklage gegen Deutschland sowie deutsche Firmen, darunter der BAYER-Konzern, angestrengt (SWB berichtete).

Die Bundesregierung stellt für Princz sowie 10 andere US-Bürger einen Fonds von 3 Mio. Dollar zur Verfügung, der von der US-Regierung verteilt wird. Ein Vertrag wurde am 19. September 1995 nach monatelangen Verhandlungen zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Der Fonds gilt für Menschen, die zum Zeitpunkt ihrer NS-Verfolgung US-Staatsbürger waren und bisher keine Entschädigung erhalten haben.

Der heute im Bundesstaat New Jersey lebende Princz war 1942 einige Wochen nach Kriegseintritt der USA zusammen mit seiner achtköpfigen amerikanisch-jüdischen Familie, die seit Jahrzehnten in der Slowakei lebte, verhaftet worden. Er leistete u. a. in Auschwitz Zwangsarbeit für die IG FARBEN und überlebte als einziger der Familie. Die Bundesregierung hat Princz zuerst eine einmalige Summe von 4.500 Dollar und eine monatliche Pension von 400 Dollar angeboten. Dies lehnte Princz als ungenügend ab. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat den Fall in der Bundesrepublik bekannt gemacht und auf den Hauptversammlungen von BAYER und der IG FARBEN IN ABWICKLUNG sowie verschiedenen Veranstaltungen vorgetragen. Nachdem sich US-Präsident Bill Clinton und der Kongreß vehement für Princz eingesetzt hatten, wurde von Bonn nach jahrzehntelanger Verschleppungstaktik eine übergreifende Lösung des Falles ange-

strebt. Was die Höhe der Entschädigungsleistungen anbetrifft, verpflichteten die IG FARBEN-Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST sowie der MESSERSCHMIDT-Nachfolger DAIMLER-BENZ den Kläger Hugo Princz zu Vertraulichkeit. Er hatte ursprünglich 200 Mio. Dollar verlangt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisierte den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA in einer Presseerklärung: "Die Konzerne, die eigentlichen Nutznießer der Zwangsarbeit im Dritten Reich, schließen in den USA geheime Vereinbarungen, während in Polen und Rußland Zehntausende bis heute leer ausgehen. Wie im Fall des Fonds für durch Blutkonserven mit AIDS infizierte Bluter ist zu befürchten, daß die Steuerzahler den Großteil der notwendigen Zahlungen übernehmen, während sich die Konzerne um eine angemessene Beteiligung herumdrücken." Wieder einmal, so die COORDINATION, werde deutlich, daß es zahlreiche überlebende Zwangsarbeiter gebe, die bis heute auf eine Entschädigung für das an ihnen begangene Unrecht warteten.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sowie die von ihr mit initiierte Kampagne "Nie wieder!" fordern, daß für Kompensationszahlungen neben der Bundesregierung auch die damals profitierenden Konzerne in die Pflicht ge-

nommen werden. Die von der Bundesregierung zugesagten 3 Mio. DM müssen von den Konzernen um mindestens weitere 300 Mio. DM aufgestockt werden!

Wie ein Gewährsmann von STICHWORT BAYER in den USA mitteilte, ist der Anwalt von Hugo Princz nicht berechtigt, detaillierte Informationen zu dem Fall zu geben. Denn ein Teil des Vergleiches war, daß die Bedingungen von keiner der beteiligten Parteien veröffentlicht werden dürfen. Der Informant von STICHWORT BAYER in den USA beurteilt den Fall wie folgt:

Die Klage gegen die Firmen wurde am 18. September abgewiesen, und am nächsten Tag fand der Vergleich statt. Die vereinbarten 3 Mio. DM werden unter 11 KZ-Überlebenden entsprechend der Dauer ihrer Versklavung aufgeteilt. Der Anwalt von Princz wollte nicht einmal bestätigen, daß die verklagten IG FARBEN-Nachfolger etwas zu dem Vergleich zugezahlt hatten.

Ausgehend von der Höhe des Vergleichs und der Tatsache, daß die deutsche Regierung sich willig gezeigt hat, zu zahlen, ist folgendes wahrscheinlich:

1. Die deutsche Regierung war schon als Angeklagte aus dem Fall entlassen worden. Sie hatte keinen eigennützigen Grund, irgend eine Zahlung zu leisten. Hätte die Regierung die Opfer "in gutem Glauben"

ausbezahlen wollen, ohne daß es eine rechtliche Verpflichtung dazu gäbe, hätte sie es längst tun können. Offensichtlich war die Regierung dazu aber nicht bereit, bis es dann schien, als ob die großen deutschen Unternehmen (anstelle der Regierung) in einen peinlichen Prozeß, angeregt durch KZ-Opfer, hineingezogen würden. Die Bereitschaft der Regierung, etwas zu bezahlen, half den Firmen, daß der Fall beigelegt wurde.

2. Die Summe des Regierungs-Vergleichs ist gering, die Firmen müssen einiges mehr als 3 Mio. DM hinzu bezahlt haben. Es wäre nicht verwunderlich, wenn jedes der Opfer durchschnittlich die Hälfte

dieses Betrages oder mehr bekommen hätte. Wäre es den Firmen nicht gelungen, daß der Fall schließlich wegen juristischer Formsachen abgewiesen wurde, wären sie bestrebt gewesen, die Forderungen zu begleichen, anstatt die Fälle durch Gerichte entscheiden zu lassen. Außerdem mußten sie die Öffentlichkeit und Presse im Auge behalten, die mit Sicherheit die gemeinsame Verstrickung in den Nazi-Terror wieder aufgerührt hätten. Insbesondere im Zuge der vorgesezten Ermittlungen wären derlei unangenehme Erkenntnisse sicherlich zu Tage gefördert worden. Dem konnte ein früher Vergleich entgegenwirken und das Risiko verringern, daß der Fall dann

durch Gerichtsurteile entschieden worden wäre.

3. Es sieht nicht so aus, als hätte der Richter versucht, den Firmen aus der Klemme zu helfen. Also muß ein Handel zwischen den Parteien stattgefunden haben, in dem der Richter sich schließlich bereit erklärte, einen Deal mitzumachen, damit die Firmen und die deutsche Regierung ihr Gesicht wahren konnten. Nur so läßt sich erklären, daß der Richter den Fall niedergeschlagen hat, also ausgehend von der ausdrücklichen Vereinbarung, daß ein Vergleich am nächsten Tag von allen Beteiligten angenommen würde.

Protest gegen Gentechnikpolitik der EU

VertreterInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN beteiligten sich in Bonn anlässlich des Welternährungstages an der Übergabe eines Aufrufs, der sich gegen die Gentechnologiepolitik der EU wendet und von 40 europäischen Organisationen unterschrieben wurde. Die von der Münchener Gruppe "Kein Patent auf Leben" gestartete Kampagne wendet sich insbesondere gegen die Zulassung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln, die Patentierung von Pflanzen und Tieren, die weitere Deregulierung der EU-Bestimmungen und die Freisetzung von gentechnisch manipulierten Organismen. Der Text wurde zeitgleich in den meisten europäischen Ländern von den Partnerorganisationen an die jeweiligen nationalen EU-Vertretungen übergeben.

Umweltminister fordern weniger Pestizide

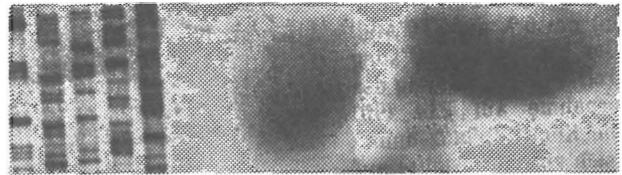
Die Umweltminister der Küstenländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben die Bundesregierung aufgefordert, "ein Pestizid-Reduktionsprogramm zu erarbeiten". Außerdem wurde Umweltministerin Angela Merkel gebeten, "sich für eine Rechtsverordnung über gute fachliche Praxis des Pflanzenschutzes mit dem Ziel einer Minimierung dieser Mittel einzusetzen und der 43. Umweltministerkonferenz einen Bericht zum Pestizideinsatz und den Möglichkeiten seiner Reduzierung in Deutschland vorzulegen".

Der Industrieverband Agrar (IVA), der die Interessen der deutschen Pestizidhersteller, darunter an vorderster Front BAYER, vertritt, reagierte verschreckt. In einer Stellungnahme an die Minister für Umwelt und Landwirtschaft behauptet der IVA, daß es keinerlei Anhaltspunkte dafür gäbe, daß die in Deutschland zugelassenen Pestizide "bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung unvermeidbare, d. h. nachhaltige, irreversible Schäden in der Umwelt hervorrufen". Angesichts der täglich neuen Schreckensmeldungen aus beim Umgang mit Ackergiften eine geradezu lächerliche Lüge.

Frauenministerin rügt Männerdominanz

Bundesfrauenministerin Claudia Nolte bemängelte auf der Frauenmesse "TOP 95" die geringen Chancen von Frauen in deutschen Unternehmen. Gerade wollte BAYER-Arbeitsdirektor Klaus Kleine-Weischede die Ministerin mit der Tatsache

zufrieden stellen, daß sich in seinem Unternehmen der Anteil der Frauen in Chefesseln in den letzten Jahren verdoppelt hat, als die Bonner Politikerin spöttisch konterte: "Na ja, das sagen viele. In Zahlen ausgedrückt heißt das dann meistens von 2,3 auf 4,6 %." Mit diesen Worten wandte sie sich ab, um den verduztten BAYER-Manager am Stand seines Unternehmens allein zu lassen. Bravo, Frau Nolte, weite so! (Ein Aufnahmeantrag von Frau Nolte liegt der COORDINATION allerdings noch nicht vor.)



Große internationale Aufmerksamkeit

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten im Jahr des 50. Gedenkens an Kriegsende und Naziverbrechen hat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN die Kampagne "Nie wieder!" gestartet. Ziel dieser Kampagne ist es, auf die Verantwortung der IG FARBEN-Konzerne BASF, BAYER und HOECHST für Hitler und Nazi-Verbrechen aufmerksam zu machen. Die Tatsache der Verantwortung der Industrie für den faschistischen Terror kommt regelmäßig zu kurz. Die Kampagne findet große öffentliche Resonanz. In mehr als einem Dutzend Ländern wurde in Presse, Funk und Fernsehen über die Aktionen und die Ziele der Kampagne berichtet.

Rekordinteresse an Vorträgen

Noch nie war das Interesse an Vorträgen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN so groß wie in diesem Jahr. Spitzenreiter waren angesichts des 50. Jahrestages des Endes der nationalsozialistischen Barbarei die Vorträge zur Geschichte des BAYER-Konzerns, zum Themenkomplex IG FARBEN. Mehr 70 x sprachen Mitglieder der COORDINATION vor StudentInnen und anderen interessierten ZuhörerInnen zu diesem Thema. Aber auch „BAYER und Gentechnik“, „BAYER und die Dritte Welt“ und andere Themen waren gefragt. Die Vortragshonorare der COORDINATION dienen zu 100 % der Finanzierung der durch keinerlei öffentliche Mittel geförderten Arbeit des internationalen Selbsthilfe-Netzwerkes. Die COORDINATION hält qualifizierte Vorträge zu den unterschiedlichsten Themenbereichen, die das internationale Wirken des BAYER-Konzerns und seiner IG FARBEN-Schwester BASF und HOECHST betreffen. Anfrage genügt: 0211 / 333911.

Protest in Dachau - Staatsanwalt läuft Amok

Bei einer offiziellen Gedenkfeier im Konzentrationslager Dachau wurde - wie leider üblich - die Verantwortung der Industrie für Hitler, Krieg und Nazi-Verbrechen mit keiner Silbe erwähnt. Deshalb entrollten KZ-Opfer am Rand der Kundgebung ein Transparent mit der Aufschrift "Die Täter haben Namen: BMW, SIEMENS, BASF, DEUTSCHE BANK, DRESDNER BANK, BAYER, VW". Das war für die offiziell gedenkenden RepräsentantInnen aus Politik und Wirtschaft zuviel, die Sicherungen knallten durch. Die Polizei griff ein und ging brutal gegen die Mahnwache vor. Die Staatsanwaltschaft München II ließ das Transparent beschlagnahmen und leitete Ermittlungen gegen den KZ-Überlebenden Richard Löwenberg ein. Begründung: "Üble Nachrede und Beleidigung". Eine derartige Reaktion auf das Transparent machte deutlich, daß exakt der empfindliche Nerv getroffen worden ist.

Doch damit nicht genug, die Staatsanwaltschaft offenbarte ihr demokratiefeindliches Gesicht und trieb die Ermittlung vor Gericht. Allerdings nur, um nun richterlicherseits auf die fehlenden Rechtsgrundlagen und die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens hingewiesen zu werden. Das Amtsgericht Dachau erklärte die Beschlagnahme klipp und klar für grundgesetzwidrig und schrieb der klagenden Staatsanwaltschaft ins Stammbuch, daß die genannten Firmen "aus dem Einsatz von Arbeitskräften aus diesen Lagern Vorteile gewonnen hätten", der Begriff „Täter“ in diesem Sinne also eine "geschichtliche Tatsache" sei.

Was nun folgte, ist allerdings mehr als eine Posse: Politik und Wirtschaft schäumten, die Staatsanwaltschaft eskalierte und ging in die nächste Instanz. Erst als das Landgericht München II den Dachauer Richter-Beschluß bestätigte, rückte die Verfolgungsbehörde das Transparent wieder raus und stellte das Ermittlungsverfahren gegen Richard Löwenberg ein. Diese geradezu unglaublichen Vorgänge um ein Transparent entsprechen einer in letzter Zeit immer häufiger zu beobachtende Entwicklung: Politik und Wirtschaft akzeptieren das demokratische Rechtsgefüge nicht mehr und üben sich in immer heftiger und aggressiver werdender Richter-Schelte.

Internationaler Informationsdienst

Mit KEYCODE BAYER hat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN eine englischsprachige Schwester von STICHWORT BAYER etabliert. Bereits nach der ersten Ausgabe konnte die COORDINATION großes Interesse an diesem neuen Informationsdienst registrieren. Die 3. Ausgabe ist gerade erschienen.

Auch im Internet

KEYCODE BAYER (KCB), der englischsprachige internationale Infodienst der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), ist auch über Internet zu lesen und „downzuladen“ (neudeutsch für "auf den heimischen Computer zu holen"). Die CBG kann ebenfalls über Internet und E-Mail erreicht werden: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

Neue Reader der COORDINATION

Eine umfangreich erweiterte und ergänzte Neuauflage des Readers „BAYER-Gentechnik - nein danke!“ ist soeben erschienen. Ebenso ist der erstmals zusammengestellte „Alternative Geschäftsbericht“ (AGB) wieder lieferbar, der das letzte BAYER-Geschäftsjahr 1994 mit vielen Zahlen, Daten und Fakten sowie den Gegenanträgen und Reden der KritikerInnen beleuchtet. Der neue AGB für das Geschäftsjahr 1995 wird im Mai 1996 erscheinen.

Die beiden umfangreichen Reader sind ab sofort für jeweils DM 15,- zzgl. Porto/Verpackung DM 8,- bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN erhältlich.

BürgerInnen gegen Chemie-Lager

Die BAYER-Tochter KVP PHARMA- UND VETERINÄRPRODUKTE plant auf ihrem Betriebsgelände im norddeutschen Steenbek-Propensdorf die Errichtung eines neuen Lagers. Dieses Vorhaben hat bei den AnwohnerInnen große Unruhe und Proteste ausgelöst. Denn der Hersteller von Pestiziden verarbeitet verschiedene giftige Substanzen. Um die Betriebserweiterung zu rechtfertigen, haben KVP-Geschäftsführer Karl-Ernst Fetting,

der örtliche Wirtschaftsdezernent sowie Vertreter von Feuerwehr und Gewerbeaufsicht bei einer Anhörung die Gefahren heruntergespielt.

Umweltamt gegen Pestizide

Das Amt für Umweltschutz des Kreises Warendorf appelliert an die BürgerInnen, auf die Verwendung von "Unkrautvernichtungsmitteln" umgehend zu verzichten und Restbestände nicht aufzubrauchen, sondern bei den kommunalen Schadstoffannahmestelle abzugeben. Insbesondere der nach dem Pflanzenschutzgesetz verbotswidrige Einsatz des freiverkäuflichen BAYER-Giftes DIURON auf privaten befestigten Flächen bereitet der Behörde Probleme. Wo DIURON gespritzt werde, wachse weder "Un- noch Nutzkraut".

EU fordert umweltrelevante Wirtschaftsdaten

Die EU-Kommission hat "Leitlinien über Umweltindikatoren und ein 'grünes' Rechnungssystem" ausgearbeitet. Darin wird die Schaffung einer gemeinsamen Verständnisgrundlage über eine umweltökologische Gesamtrechnung sowie ein europäisches System von Umweltbelastungsindizes (ESEPI) gefordert.

Mit ESEPI, das innerhalb von zwei Jahren geschaffen werden könnte, würden in der EU zum ersten Mal vergleichbare Systeme für umweltrelevante Wirtschaftsdaten zur Verfügung stehen. Ferner sollen, so der Vorschlag der EU-Kommission, die Methoden zur Umweltschadensbewertung verbessert werden.

Vorschläge, die den Verantwortlichen bei BAYER gar nicht gefallen. Tun sie doch seit Jahren alles, um genau ein Abrechnungssystem mit nachvollziehbarer Schadensbewertung zu verhindern. Deshalb bleibt auch diesmal zu befürchten, daß BAYER und andere Konzerne qua Macht und Lobby den EU-Vorschlägen die Spitze zu brechen werden.

KAPITAL & ARBEIT

Frauen haben bei BAYER nichts zu sagen

Frauen haben bei BAYER nichts zu sagen. In der über 100jährigen Firmengeschichte waren Vorstand und Aufsichtsrat immer fest in Männerhand. Selbst im mittleren Management sind Frauen bei BAYER selten anzutreffen. In den letzten 10 Jahren stieg die "Quote" von 2,8 auf lächerliche 5,5 %. Von dieser blamablen Tatsache kann auch die Einrichtung eines Arbeitskreises mit dem hohnsprechenden Namen "Chancengleichheit" nicht ablenken. Dessen Sprecherin, Helgard Bausch-Weirauch, ist übrigens zugleich tonangebend im "Forum Frauen in der Wirtschaft".

Kostenargument nur vorgeschoben

Das Kostenargument, mit dem die Verlagerung von Arbeitsplätzen an „billige“ BAYER-Standorte im Ausland begründet wird, ist nur vorgeschoben. BAYER investiert im Ausland einzig deshalb, um in den Wachstumsmärkten in der Nähe der Kundschaft produzieren zu können. Dies teilte der stellvertretende BAYER-Vorstandsvorsitzende, Hermann Wunderlich, mit. Selbst wenn in Deutschland das Kostenniveau sinken würde, würde sich am Trend der globalen Strategie des Unternehmens nichts ändern.

Der BAYER-Konzern investiert 1995 rund 3,5 Mill. DM, davon 55 % im Ausland. Trotz traumhafter Gewinne werden weiterhin massiv Arbeitsplätze abgebaut.

Rekordprofite beschere(n) Rekorddividende

Der BAYER-Konzern wird das Geschäftsjahr 1995 mit einem neuen Rekordergebnis abschließen. Vorstandschef Manfred Schneider rechnet mit einem Umsatz von über 45 Mrd. Mark und einem Gewinn, der das "Spitzenergebnis von 4,1 Mrd. Mark im Jahr 1989" noch übertreffen wird. Aus diesem Grund soll die Dividende für eine 50-DM-Aktie erneut um 2 Mark (also von 13 auf 15 Mark) angehoben werden.

Die BAYER-Aktie erreicht mit dieser Rekord-Dividende eine Rekord-Rendite von nominal 30 %!!! Auch wenn die Kapitalrendite (Dividende im Verhältnis zum Börsenwert der Aktie) lediglich ca. 3 % ausmacht, so ist die Nominalrendite deshalb

bedeutsam, weil sie einen Hinweis auf die tatsächliche Profitrate gibt. Für BAYER ist die Aktie nämlich in den Büchern lediglich die nominalen 50,— DM wert, die Ausschüttung entspricht also quasi einer Verzinsung dieses Kapitalwertes und wird direkt aus den Profiten finanziert.

Rücksichtslose Vernichtung von Arbeitsplätzen

Die Gewinne, die Managern und AktionärInnen unruhige Träume beschieren, werden nur möglich aufgrund rücksichtsloser Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft: Immer weniger Menschen müssen immer mehr Produkte, Umsätze und Gewinne produzieren. Zwischen 1990 und 1994 hat sich der Personalbestand in den deutschen BAYER-Werken um 17 % verringert, international noch dramatischer. Der Anteil der Personalkosten am Umsatz ist 1994 von 35 auf 33 % gesunken und im ersten Quartal 1995 sogar unter die Marke von 30 %. Gleichzeitig kündigte Schneider an, daß die Anzahl der Beschäftigten im Konzern weiter zurückgehen wird. In diesem Jahr sind bereits über 4.000 Jobs "abgebaut" worden, im nächsten Jahr sollen es nach offiziellen Angaben noch einmal 2.000 sein. Kritische BelegschaftsvertreterInnen befürchten, daß die sogenannte BAYER-Optimierungsmethode (BOM) bis zu 40 % der Arbeitsplätze in Handwerk und Produktion zur Disposition stellt. Die meisten Arbeitsplätze gehen in Deutschland verloren.

Gewerkschafter billigt an Arbeitsplatzabbau

Das Wuppertaler Betriebsratsmitglied H. J. Haase hat ohne Wissen seiner KollegInnen an den Einsparungsmodellen mitgeteilt. Die oppositionelle Belegschaftsliste fordert daher den sofortigen Rücktritt von Haase.

Die kritische Belegschaftsliste in Wuppertal sowie die KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit in Leverkusen fordern verbindliche Arbeitsplatzgarantien und damit verbunden keine weitere Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen.

Betriebsrat fordert umweltfreundliche Chemie

GewerkschafterInnen bei BAYER fordern, das ökologische Fachwissen der Belegschaft zum zentralen Bereich der Geschäftstätigkeit zu machen. Der Vorsitzende des Leverkusener Betriebsrates, Rolf Nietzard, der Geschäftsführer der örtlichen IG CHEMIE, Michael Vassiliadis, sowie Werner Bischof, der dem Aufsichtsrat des Chemiemultis angehört, vertreten den Standpunkt, daß eine umweltfreundliche Chemie keine Arbeitsplätze gefährdet, sondern im Gegenteil marktwirtschaftliche Chancen bietet.

Doch grundlegende ökologische Einsichten gewonnen hat keiner der sozialpartnerschaftlichen ewigen Ja-Sager. Mit Blick auf die Umweltbewegung führen sie aus: Wer eine chlorfreie Chemie fordere, nehme der Industrie 60 % ihrer Arbeitsgrundlage. Deshalb betrachte man die rot-grüne Koalition in NRW mit Sorge.

Dental-Sparte verkauft - Belegschaft wütend

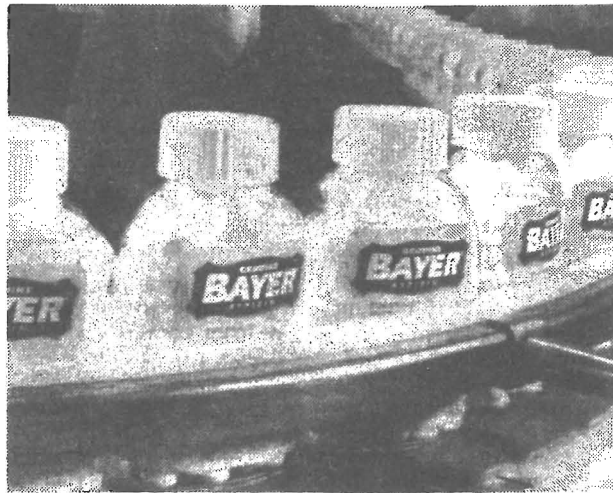
Der BAYER-Konzern hat seine Dental-Sparte an die HERAEUS KULZER GmbH, Hanau, verkauft. Angaben über den Verkaufspreis wurden nicht gemacht. Die Sparte beschäftigt etwa 560 MitarbeiterInnen, davon 135 am BAYER-Standort Dormagen. Gegen den Verkauf der Dental-Sparte hat es im Vorfeld wütende Proteste von Seiten der Belegschaft und der in Dormagen ansässigen Parteien gegeben. Der SPD-Ortsverein etwa monierte, daß BAYER Betriebe komplett einschließlich der MitarbeiterInnen verschern würde und von einer Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten nichts mehr zu erkennen sei.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für die von dem Verkauf betroffenen KollegInnen (vgl. auch SWB 3/95).

ASPIRIN-Jobs in Italien weg

Im Bitterfelder BAYER-Werk ist die Produktion von ASPIRIN angefallen. Die ostdeutsche Stadt bietet aufgrund massiver Subventionierung offensichtlich Standortvorteile gegenüber der bisherigen Fabrikationsstätte im italienischen Garbagnate

bei Mailand. Zugleich kann im neuen High-Tech-Werk ASPIRIN mit einem Bruchteil des üblichen Personals hergestellt werden. Mit der Stilllegung der italienischen ASPIRIN-Produktion in Höhe von jährlich 20 Millionen Packungen werden nach Konzernangaben 50 der 400 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren. BelegschaftsvertreterInnen fürchten, daß dies nur ein Anfang ist. Denn auch bei Kunstharzen und Veterinärtechnik sei ein Abbau geplant.



Lobbyisten beeinflussen MAK-Werte in USA

Auch in den USA beeinflussen die großen Chemie-Konzerne die Gesetzgebung, z. B. bezüglich der zulässigen Grenzwerte am Arbeitsplatz. Die beschlußfassende Kommission ACGIH bewertet pro Sitzung 30 Substanzen und muß sich daher in der Regel auf einzelne Gutachten verlassen. Diese werden nun aber häufig von den Toxikologen der Großindustrie verfaßt. So kommt es beispielsweise, daß 40 Produkte des Multis DOW CHEMICALS nur von DOW-Toxikologen bewertet wurden und - wen überrascht es - als unbedenklich eingestuft wurden. Ähnliche Fälle wurden von BAYER, EXXON und DUPONT bekannt.

Hinzu kommt eine direkte Beeinflussung der Kommissionsmitglieder. Diese müssen ihre Einnahmequellen nicht offenlegen und werden daher häufig von Konzernen mit großzügigen Beraterverträgen ausgestattet. Die wenigen unabhängigen Experten klagen darüber, daß Ihnen Informationen vorenthalten werden und daß durch die Unterbesetzung der Kommission eine gewissenhafte Prüfung nicht möglich sei.

Bündnis gegen Öko-Steuer

Das Bundeswirtschaftsministerium, der Verband der chemischen Industrie (VCI) und die IG CHEMIE haben sich gemeinsam gegen die Einführung von Öko-Steuern ausgesprochen. Wirtschaftsminister Rexrodt sowie die Chefs von VCI und IG CHEMIE, Gert Becker und Hubertus Schmoldt, erklärten, die gemeinsame Aktion solle die Akzeptanz der "unentbehrlichen Schlüsselindustrie" und ihrer Produkte betonen. Ferner hieß es, Biotechnologie und Gentechnik seien nicht nur für einen aktiven Umweltschutz notwendig, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den internationalen Märkten.

Die stets auf Sozialpartnerschaft und Anbiederung bei den Konzernen bedachte IG CHEMIE setzt sich mit dem gemeinsamen Papier von Positionen des deutschen Gewerkschaftsbundes zu Öko-Steuern ab.

IG CHEMIE: Skepsis gegen Rot-Grün

Funktionäre der unternehmensfreundlichen IG CHEMIE fürchten rot-grüne Bündnisse wie der Teufel das Weihwasser. Erhard Gipperich, Vorsitzender der IG CHEMIE Leverkusen, meint, die energie- und chemiepolitischen Positionen der Grünen und ihrer ablehnenden Haltung zur Chlorchemie gefährde Arbeitsplätze. Auch Michael Vassiliadis, IG CHEMIE-Geschäftsführer in Leverkusen fürchtet das Ende vieler Produktionsbereiche sowie das Abwandern der Industrie ins Ausland durch verlängerte Genehmigungsverfahren.

Neuer Gewerkschaftsboß auf Schmusekurs

Am 7. September 1995 gab Hermann Rappe (65) nach dreizehn Jahren die Leitung der IG CHEMIE an seinen Zögling Hubertus Schmoldt (50) ab. Der gelernte Maschinenschlosser und Absolvent der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik wird den Kurs seines Vorgängers unbeirrt fortsetzen. Das SPD-Mitglied Rappe hat maßgeblichen Anteil am arbeitgeberfreundlichen Schmusekurs der IG CHEMIE, der nun auch für andere Gewerkschaften salonfähig zu werden scheint. Die von ihm und seiner Gewerkschaft geduldete 7-Tage-Woche beim Reifenhersteller PIRELLI wird auch vom BAYER-Konzern und anderen Branchen, insbesondere der Automobilindustrie, gefordert.

Als langjähriges Mitglied im BAYER-Aufsichtsrat hat Rappe bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen "seiner Firma" vertreten: pro Gentechnik - gegen höhere Umweltauflagen, pro Chlorchemie - gegen allzu hohe Lohnabschlüsse.

Die Anbiederung an Industrie-Interessen war derart offenkundig, daß die IG CHEMIE stets einen extrem niedrigen Organisationsgrad hinnehmen mußte, und sich bei BAYER und anderen Chemiefirmen oppositionelle Belegschaftsgruppen bildeten, die bei Betriebsratswahlen beachtliche Erfolge erzielten.

Zum krönenden Abschluß seiner Ära hat der große Vorsitzende Rappe die größte Fusion innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeleitet und mit einem Federstrich die künftigen Mitstreiter aus IG BERGBAU und der GEWERKSCHAFT LEDER ebenfalls zum sozialpartnerschaftlichen Schmusekurs verdonnert. Und schon gibt Schmoldt, der eher wie ein Industriemanager als ein Interessenvertreter daherkommt, die neue Parole aus: "Solidarität in der sozialen Marktwirtschaft".

Laux auf Tuchfühlung mit der Macht

Paul Laux (62), Vorsitzender des Konzern-Betriebsrats von BAYER, hat sich gut eingerichtet. Der IG CHEMIE-Gewerkschafter ist alles andere als kämpferisch. Er lebt auf Tuchfühlung mit der Macht und erfreut sich bester Beziehungen zu den jeweiligen Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden. Wie „gut“ die ArbeitnehmerInneninteressen bei ihm aufgehoben sind, wird allein schon an der Tatsache deutlich, daß in Leverkusen und Wuppertal oppositionelle BetriebsrätInnen bei offiziellen Wahlen zunehmend hohe Stimmanteile erzielen. Über sein Verhältnis zum derzeitigen BAYER-Boss Dr. Manfred Schneider sagt Laux: "Wenn wir uns treffen, diskutieren wir nicht über den Tabellenplatz von BAYER 04, sondern unter Ausschuß der Öffentlichkeit über alles, was im Konzern passiert." Nach außen hin vertritt Laux bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen "seines" Konzerns. Die neue rot-grüne Koalition in NRW etwa behagt dem angepaßten Gewerkschafter gar nicht: "Ob Tierversuche, Chlorchemie, Gentechnologie - wer die Chemie verbieten will, verbietet BAYER. Wer sagt, die Chemie muß vom Rhein verschwinden, der muß bereit sein, künftig in Jutesäcken rumzulaufen." Laux ist „zwar nicht gegen Umweltschutz, aber die Milliarden, die wir für die Ökologie ausgeben, müssen wir erst mal verdienen."

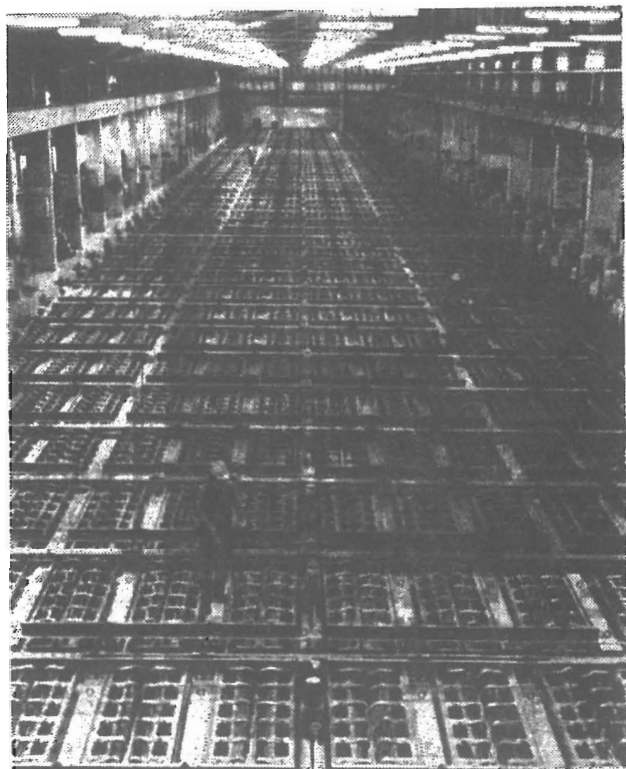
Während tausende BAYER-KollegInnen in den letzten Jahren auf die Straße gesetzt worden sind, hat Laux, der kurz vor der Pension steht, gut lachen: "Mein Arbeitsplatz ist bombensicher. Ich habe auf BAYER-Kosten die ganze Welt gesehen - ein Traumjob."

POLITIK & EINFLUSS

Keine Öko-Steuer für Verschwender?

Die chemische Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, wehrt sich vehement gegen eine geplante Energiesteuer. Die energieintensive Chemie-Branche sorgt deshalb für Zündstoff in der unlängst erneut eingesetzten Enquete-Kommission zum "Schutz des Menschen und der Umwelt". In den nächsten zweieinhalb Jahren will die Kommission vor allem Empfehlungen für politische Umweltschutzinstrumente erarbeiten.

Schon gehen BAYER und Co. daran, prominente politische Fürsprecher zu gewinnen. Der schleswig-holsteinische Energieminister Klaus Möller (SPD) sagte bei einer Betriebsbesichtigung des BAYER-Werkes in Brunsbüttel, daß besonders energieintensive Wirtschaftsunternehmen von der geplanten Ökologiesteuer ausgenommen werden sollten. Seine Landesregierung strebe eine einnahmenneutrale Steuerreform an, bei der die Mehreinnahmen zur Senkung anderer Abgaben und Lohnnebenkosten führen. Selbst die Bundespartei ist mittlerweile auf diesen Kurs eingeschwenkt.



Elektrolysesaal für Chlorproduktion bei BAYER. Hier wird eine gewaltige Menge an Energie verschleudert.

CDG: Internationale Einflußnahme

Die Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V. (CDG), benannt nach jenem ehemaligen BAYER-Generaldirektor, der die Gründung des mörderischen IG-FARBEN-Kartells initiiert hat, organisiert den Austausch von Führungskräften und solchen, die es werden wollen, zumeist aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), den Regierungen der Bundesländer und EU-Fördergeldern. Im Jahr 1994 nahmen über 24.000 Menschen aus über 120 Ländern der Erde am Trainings-, Austausch- und Fremdsprachenprogramm des CDG-Verbundes teil. Hierfür wurden 184 Mio. DM (Vorjahr: 180 Mio. DM) aufgewendet.

Die Carl-Duisberg-Gesellschaft ist international organisiert und verfügt über Niederlassungen in allen wichtigen Ländern der Welt.

Die Politik der in Köln ansässigen Carl-Duisberg-Gesellschaft wird maßgeblich vom BAYER-Konzern bestimmt. Das Präsidium besteht aus drei Mitgliedern: Dr. Ludolf von Wartenberg vom Bundesverband der Deutschen Industrie, Anton Zahn, Ministerialdirektor im BMZ sowie Dr. Manfred Schneider, Vorstandsvorsitzender der BAYER-AG. Den Vorsitz des Kuratoriums hat traditionsgemäß der jeweilige Vorstandschef des BAYER-Konzerns inne.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert die internationale Einflußnahme der Carl-Duisberg-Gesellschaft und fordert die Einstellung der öffentlichen Unterstützung, da der vermeintlich gemeinnützige Austausch von Führungskräften vornehmlich BAYER, anderen Konzernen und den Spitzenverbänden der Industrie zugute kommt.

BAYER-Manager führt Chemie-Verbände

Der Dormagener BAYER-Werkleiter Dr. Hartmut Fuhr ist zum Vorsitzenden der Chemieverbände in NRW gewählt worden. Den Verbänden gehören über 400 Unternehmen mit 170.000 Beschäftigten an.

BAYER-Mann führt internationale Plaste-Lobby

David R. Harper, Manager bei der US-amerikanischen BAYER-CORPORATION ist zum Präsidenten der Society Of Plastics Engineers (SPE) gewählt worden. Er steht damit einer Organisation vor, die mit 3.000 individuellen Mitgliedern weltweit in allen Bereichen der Kunststoffindustrie präsent ist. SPE-Mitglieder sind stets darum bemüht, auf alle Reglementierungen bezüglich der Produktion von nicht selten umweltfeindlichen Kunststoffen zum Nutzen der Konzerne Einfluß zu nehmen.

Parkplätze weg: Empörte AnwohnerInnen

In Leverkusen-Wiesdorf ist am Rheinufer, dort wo einst Büsche, Bäume und Sträucher standen, über Nacht ein Parkplatz entstanden. Sogar vor den Gärten einiger Nachbarhäuser machte die Planieraue keinen Halt. Einige AnwohnerInnen und VertreterInnen der Initiative "Leverkusen - Stadt am Rhein" gingen auf die Barrikaden. Der zuständige städtische Dezernent wand sich um eine schlüssige Erklärung. Es habe "schwierige Verhandlungen" mit BAYER gegeben, sagte er. Bei den Betroffenen klang das so, als sei die Stadt regelrecht erpresst worden. BAYER habe die (von der COORDINATION im übrigen als völlig unzureichend kritisierte) Sanierung der Alltlast Dhünnau in die Waagschale geworfen und durchblicken lassen, ohne die Genehmigung des Parkplatzes gäbe es keine Finanzzusagen für die Beseitigung des (im übrigen konzerneigenen) Giftmülls. Betreten mußte der städtische Dezernent zugeben, daß die Verwaltung es versäumt hatte, die AnwohnerInnen über die "Enteignung" öffentlichen Geländes durch BAYER zu informieren. Hätte sie es getan, wäre sie Gefahr gelaufen, daß aufgebrachte BürgerInnen versucht hätten, die Planierung zu verhindern. Seit Jahrzehnten, so wettern sie, werde ihnen und allen Wiesdorfern ihre Stadt Stück um Stück "unter dem Hintern weggerissen". Deshalb zweifele man auch daran, daß die Parkplätze Ende 1996, nach Beendigung der Bauarbeiten an einem Pumpwerk, wieder verschwinden sollen.

Geheimdienst: Anschlag gegen BAYER?

Der ehemalige Direktor von GREENPEACE Niederlande, Ron van Huizen, hat Frankreich vorgeworfen, für einen Bombenanschlag auf das Bürogebäude von BAYER vor zehn Jahren in Brüssel verantwortlich zu sein. Die belgischen Behörden hatten im Juni 1985 nach erfolgreichen Aktionen von GREENPEACE, der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und anderer, bei denen u. a. wochenlang die Dünnsäure-Pipelines des Werkes Leverkusen blockiert wurden, das GREENPEACE-Schiff "Sirius" an die Kette gelegt. Am 30. Juni 1985 explodierte vor der Verwaltung von BAYER in Brüssel eine Bombe, die Sachschaden verursachte. Der Anschlag wurde bis heute nicht aufgeklärt und sollte, so van Huizen, wie ein Racheakt aufgebrachter UmweltschützerInnen aussehen.

Van Huizen erklärte, GREENPEACE habe damals in Amsterdam einen in schlechtem Französisch geschriebenen Brief von einer Gruppe mit dem mysteriösen Namen "Peace Conquerous" erhalten, in dem es geheißen hatte: "Es ist gut, was ihr mit der Sirius macht. Das Schiff muß freikommen. Wir werden dafür sorgen, daß das geschieht." GREENPEACE habe den Brief an die Polizei weitergeleitet.

Kurz nachdem am 10. Juli 1985 das GREENPEACE-Schiff "Rainbow Warrior" vor dem Murora-Atoll durch einen Bombenanschlag versenkt worden war, erhielt GREENPEACE nach Angaben von van Huizen einen zweiten Brief von den "Peace Conquerous", diesmal mit ganz anderen Drohungen: "So rechnen wir mit Menschen ab, die die öffentliche Ordnung nicht ernst nehmen", habe es in dem Schreiben geheißen. Der bei dem Anschlag ums Leben gekommene portugiesische Fotograf Fernando Perreira sei als "dreckiger Kommunist" beschimpft worden.

Mittlerweile ist bekannt geworden, daß die „Rainbow Warrior“ vom französischen Geheimdienst gesprengt wurde. Damit taucht der Verdacht auf, daß „Peace Conquerous“ ebenfalls eine Geheimdienstorganisation ist. Dies wiederum könnte bedeuten, daß der Bombenanschlag auf BAYER ebenfalls eine Aktion des französischen Geheimdienstes gewesen wäre, um Umweltschützer in die Nähe des Terrorismus zu rücken. Van Huizen wörtlich: "Ich bin ziemlich sicher, daß der französische Geheimdienst auch hinter dem Anschlag in Brüssel steckte."

BAYER nutzte übrigens damals die Gelegenheit, um auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN in die Nähe des Terrorismus zu rücken. Die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten wurde verstärkt, die Überwachung von KritikerInnen forciert, ein BAYER-Agent besuchte Veranstaltungen der COORDINATION und lancierte danach die irrsinnige Pressemeldung „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN plant Bombenanschläge auf Chemie-Transporter“. Der Agent flog auf, das Komplott wurde öffentlich ...

Sirenengeheul mit Steuergeldern

Sechs Sirenen rund um das Leverkusener BAYER-Werk sollen im Ernstfall die BürgerInnen warnen. (Ob das noch was nützt?) Die Kosten von 140.000,— DM teilen sich die Stadt und der Chemiemulli jeweils zur Hälfte. Während die Mehrheit des Rates dieser Regelung zustimmte, meldeten Bündnis 90/Die Grünen und Bürgerliste Bedenken an. Eine städtische Beteiligung sei nicht einzusehen, heißt es. Dies findet auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. Immerhin: Verursacher eines eventuellen Ernstfalles ist schließlich das BAYER-Werk.

Bitterfeld: Steuerzahler finanziert Übernahme

BAYER und viele andere Konzerne haben von der deutschen Einheit profitiert. Über eigene, in die Treuhand-Anstalt entsandte Manager, haben sie sichergestellt, daß die Filetstücke der ostdeutschen Wirtschaft reibungslos in die eigenen Konzernstrukturen eingepaßt und mißliebige Konkurrenz hundertprozentig vernichtet werden konnte (SWB berichtete mehrfach). Das in Bitterfeld auf der grünen Wiese an der Grenze zu einem Naturschutzgebiet entstandene BAYER-Werk wurde zu wesentlichen Anteilen (ca. 40 %) aus Steuermitteln errichtet.

Der Raubzug geht weiter: Auch die nun mit der Nachfolgeinstitution der Treuhand, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), ausgehandelte Übernahme des Ionen-Austauscher-Geschäftes in Bitterfeld wird, wie BVS-Chef Heinrich Hornef mitteilte, den Steuerzahler "nicht billig" kommen.

Gute Karten auch für die BAYER-Tochter AGFA: Die ostdeutsche ORWO-Filmfabrik steht kurz vor dem Aus. Lediglich ein kleiner Bereich der Filmkonfektionierung soll weitergeführt werden. Damit geht das von BAYER in der Treuhand durchgesetzte Konzept der Liquidierung eines unliebsamen Konkurrenten auf (SWB berichtete).

Öko-Audit = Öko-Verarschung

Die EU hat eine Öko-Verordnung erarbeitet, nach der sich europaweit Unternehmen nach bestimmten Kriterien überprüfen sollen und danach eines „Umweltzertifikates“ rühmen können. Eine Maßnahme äußerst umstrittenen Wertes wie das aktuelle Beispiel BAYER treffend zeigt: Die deutsche Fassung der europäischen Öko-Audit-Verordnung ist kaum einen Tag in Kraft, da präsentiert einer der weltgrößten Umweltverseucher bereits das neue „Umweltzertifikat“ und brüstet sich bereits wiederum einen Tag später in großformatigen Farbanzeigen damit. Zugleich nutzt BAYER das „Umwelt-Prüfsiegel“ nicht nur als Werbegag, sondern auch als Instrument zur Erpressung des Staates. BAYER-Vorstandsmitglied Dieter Becher erwartet nämlich, "daß der Staat im Gegenzug Erleichterungen bei Überwachung, Berichtspflichten und Genehmigungsverfahren schafft". Denn: "Uns entstehen (durch das vom Umwelt-Audit-Gesetz vorgeschriebene Prüfverfahren, die Redaktion) zusätzliche Kosten."

Steuergünstige Aktien?

Das Deutsche Aktieninstitut (DAI) hat einen Vorstoß mit dem Ziel unternommen, den Verkauf von Firmenanteilen anzukur-

beln. Wer planmäßig in Aktien investiert, soll, so das DAJ, steuerlich begünstigt werden. Jede/r Einkommenssteuerpflichtige/r solle einen bestimmten Betrag pro Jahr in Aktien und Aktieninvestmentfonds investieren können. Dieser Betrag soll dann bei den Sonderausgaben von der Einkommenssteuer abgezogen werden können.

Der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Aktieninstitutes ist kein geringerer als Helmut Loehr, Finanzchef und Vorstandsmitglied beim Chemiekonzern BAYER. Loehr setzt sich auch dafür ein, daß Kursgewinne bei Aktien steuerfrei bleiben.

Für den Fall, daß dieser Vorschlag tatsächlich vom Gesetzgeber akzeptiert wird, wären ausgerechnet wieder einmal nur jene steuerlich bevorteilt, die sowieso zu den Reichsten der Republik gehören. Denn in Deutschland besitzen gerade einmal 5,4 % der Gesamtbevölkerung Aktien. Und zu denen wiederum gehören auch die Vorstandsmitglieder von BAYER.

Öko-Ranking: BAYER will Kritiker beeinflussen

Der Verband der chemischen Industrie (VCI) hat Kontakt zu einem seiner Kritiker aufgenommen. Michael Braungard, Geschäftsführer des Hamburger Umweltinstitutes EPEA traf sich mit einer kleinen Delegation von Managern der chemischen Industrie unter Führung von Dieter Becher, Vorstandsmitglied bei BAYER in Leverkusen, zu einem vertraulichen Gespräch. Dabei ging es um ein neues Öko-Ranking, in dem Braungard die Güte des Konzerns nach ihrer ökologischen Verantwortung bewerten will (SWB berichtete). Braungard hatte sich die Kritik von BAYER und der gesamten Branche zugezogen, weil er in einem früher durchgeführten Beurteilungsverfahren, das ein breites Presseecho erfahren hatte, zu viele Negativpunkte vergeben hatte. Außerdem, so die Manager des VCI's, habe Braungard damals diejenigen Unternehmen besonders gut bewertet, die die Arbeiten zu der Studie zugleich finanziell unterstützt hatten. Dies hatte das ehemalige GREENPEACE-Mitglied, das wegen Vorteilsbeschaffung durch seine Ehefrau, die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn in die Kritik geraten war, immer wieder bestritten.

Bleibt abzuwarten, ob Braungard dem Druck der Industrie standhalten kann. Auf jeden Fall will er bei der neuerlichen Bewertung der Chemie-Multis wieder Experten von außen, wie etwa die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, hinzuziehen.

NRW-Minister: Antrittsbesuch bei BAYER

Am 8. September 1995 wurde erstmals in der Geschichte des Landes der nordrhein-westfälische Bildungsbericht in einem Wirtschaftsunternehmen der Öffentlichkeit vorgestellt. NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement und NRW-Schulministerin Gabriele Behler statteten dem mächtigen Chemie-Multi am Rhein auf diese Weise sozusagen ihren Antrittsbesuch ab.

Den guten Kontakt zwischen Landesregierung und Wirtschaft dokumentiert auch eine neue Initiative mit dem Namen "Care Forum Cologne" (CFC), das Wirtschaftsminister Clement als Schirmherr am gleichen Tag in Düsseldorf vorstellte. Ziel von CFC ist es, mit (vermeintlichen) ExpertInnen Aufgaben und Ziele der künftigen Gesundheits- und Arzneimittelversorgung zu erarbeiten. Das Land fördert das Projekt mit 3,7 Mio. DM, die Industrie steuert lediglich 1,4 Mio. Mark bei.

Genfood in Brüssel durchgepeitscht

Der EU-Ministerrat hat am 23. Oktober 1995 beschlossen, daß gentechnisch veränderte Lebensmittel immer dann nicht gekennzeichnet werden müssen, wenn eine Änderung gegenüber dem normalen, natürlichen Nahrungsmittel nicht eintritt. Damit haben sich die Konzerne, allen voran auch BAYER, gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung durchgesetzt.

Selbst der Bundesregierung geht der in Brüssel beschlossene Plan zu weit. Bundesforschungsminister Rüttgers (CDU) erklärte, die EU habe Unrecht, wenn sie gegen die umfassende Kennzeichnungspflicht gentechnisch beeinflusster Lebensmittel sei. "Entweder ist dies ungefährlich, dann kann man das auch kennzeichnen, oder es ist gefährlich, dann müssen wir die Finger davon lassen."

Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind auf dem Vormarsch. Sollte das Europäische Parlament die beschlossene Nicht-Kennzeichnung nicht noch in letzter Minute stoppen, werden künftig kaum noch Produkte ohne Einsatz der Gentechnik angeboten. Der BAYER-Konzern bastelt seit Jahren bereits in seinem Pestizidzentrum in Monheim an gentechnisch manipulierten Feldfrüchten aller Art und bietet über die Duft- und Genußstofftochter HAARMANN & REIMER unzählige Lebensmittelzusätze an, die zunehmend auch gentechnisch erzeugt werden. HAARMANN & REIMER ist Weltmarktführer in diesem Bereich.

ERSTE & DRITTE WELT

Brasilien: Frühstück mit dem Boss

Helge Karsten Reimelt, Geschäftsführer von BAYER in Brasilien, hat sich ein neues System ausgedacht, das Konflikte zwischen Unternehmensleitung und den von schlechten Löhnen und gesundheitsgefährdenden Produktionsbedingungen betroffenen KollegInnen im Keim ersticken soll. Statt auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, lädt Reimelt alle zwei Monate sechs Untergebene, bevorzugt aus den unteren Ebenen, zum "Frühstück mit dem Boss" ein. Die Diskussion sei ihm wichtig, die angeblich unbefangene Offenheit der MitarbeiterInnen habe ihn überrascht, teilt der BAYER-Manager der Zeitung *Karriere* mit.

Das Programm "Frühstück mit dem Boss" mutet angesichts einer Unternehmensleitung, die in früheren Zeiten bei Konflikten nicht einmal davor zurückschreckte, die Militärpolizei zu Hilfe zu holen, eher wie ein plump durchgeführter Spitzelan-griff an.

DRUGS & PILLS

Konzertierte Aktion der Pharmaindustrie

Einer „Konzertierten Aktion der Pharmaindustrie“ kommt die neue Initiative mit dem Namen "Care Forum Cologne" (CFC) gleich. Ziel von CFC ist es, mit (vermeintlichen) ExpertInnen Aufgaben und Ziele der künftigen Gesundheits- und Arzneimittelversorgung zu erarbeiten. Zu den Teilnehmern des u. a. von BAYER initiierten CFC-Projektes gehören der Ärzteverband, Gewerkschaften, PatientInnenorganisationen sowie Pharmahersteller. Beteiligt sind außerdem die Stadt Köln, die IG CHEMIE, die Kölner Universität, die Max-Planck-Gesellschaft und weitere Institutionen.

NRW-Wirtschaftsminister Clement, der den aus dem Hause BAYER kommenden Günter Einert im Amt des Wirtschaftsministers ablöst, war voll des Lobes: "Eine solche, alle Interessengruppen übergreifende Form der Partnerschaft und Zusammenarbeit stellt in Deutschland ein industriepolitisches Novum dar. Zusammenarbeit ohne Klassen und Schranken - in den USA längst eine bewährte Grundlage von Forschung und Vermarktung, jetzt auch in NRW, der erste Versuch, übergreifende Kristallisationskerne der künftigen Innovation und Kreativität einzurichten."

Im Klartext dürfte das heißen: Politik und Wissenschaft kommen überein, mit der Pharma-Industrie derart zusammenzuarbeiten, daß das Gesundheitssystem der Zukunft möglichst große Profite für die Hersteller abwirft.

Deutsche Pharmafirmen unter BAYER-Regie

Der „Verband Forschender Arzneimittelhersteller“ (VFA) hat seinen ersten Jahresbericht vorgelegt. 1994 war der VFA gegründet worden, nachdem die IG FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF den Anbietern von Generika wie RATIOPHARM den Krieg erklärt hatten. Dem Rückzug der IG FARBEN-Schwester aus dem „Bundesverband der pharmazeutischen Industrie“ (BPI) folgte eine Austrittswelle weiterer traditioneller Pharmahersteller wie SCHERING, MERCK, BOEHRINGER, SANDOZ und die Neugründung des VFA.

Auch in den europäischen Verbänden hat der VFA den BPI abgelöst. Vorstandsvorsitzender des VFA ist BAYER-Vorstandsmitglied Walter Wenninger.

Der Jahresbericht listet altbekannte Litaneien der "Verteidi-

ger des Standort Deutschland" auf: Die Arzneimittelbudgetierung der Krankenkassen gefährdet die Gesundheit der Patienten und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, Gentechnik und Tierversuche sind für pharmazeutischen Fortschritt unabdingbar, Positivlisten für brauchbare Medikamente sind nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, eine Verschärfung der Produkthaftung anlässlich der AIDS-Verseuchung durch Blutpräparate wäre eine wettbewerbsverzerrende Überreaktion ...

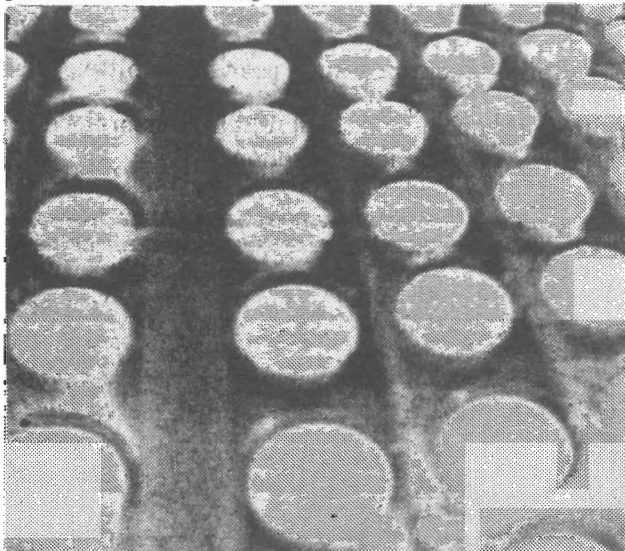
Positivliste gekippt

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) hat angeordnet, das "Institut Arzneimittel in der Krankenversicherung" (IAK) aufzulösen. Mit dieser Weisung wird gleichzeitig ein Instrument zur Senkung der Arzneimittelkosten, die Positivliste, gekippt. Die Pharma-Lobby, allen voran der BAYER-Konzern, reibt sich die Hände.

Der Anlaß für die "Hinrichtung" des ungeliebten IAK war eine Nichtigkeitkeit. Die Behörde versandte einen ersten Entwurf der von ihr erarbeiteten Positivliste ohne Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium.

Die SPD, die die Positivliste im Oktober 1992 in einem Allparteienkompromiß zum Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) verankern konnte, spricht von einem "Bruch der Vereinbarungen". Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert, daß den allmächtigen Pillen-Multis wieder einmal gelungen ist, ihre Interessen durchzusetzen. Die Krankenkassen schließlich bedauern, daß das angestrebte Ziel, künftig ein Drittel aller bisher verordnungsfähigen Präparate aus der Verschreibung herauszunehmen und somit die Arzneimittelbudgets deutlich zu entlasten, nicht erreicht wird.

Dabei wäre die von den IAK-Sachverständigen erarbeitete Positivliste für die meisten PatientInnen nicht einmal nachteilig gewesen. Denn ein therapeutischer Nutzen der von den Experten als nicht mehr erstattungsfähig eingestuftes Mittelchen war ohnehin kaum gegeben. Mehr noch: Viele von ihnen sind sogar gefährlich. Im Jahr 1993 entfielen trotz eines bereits durch das GSG verringerten Arzneimittelbudgets in den alten Bundesländern noch immer rund 27 % der Menge und 22 % der Kosten auf Arzneimittel von umstrittenen Nutzen. Von den derzeit rund 55.000 vermarkteten Präparaten haben nur etwa 20.000 einen Wirksamkeitsnachweis nach dem geltenden Arzneimittelgesetz.



Mehr Forschung - mehr Profit

Der BAYER-Konzern will mit Investitionen in Milliardenhöhe die Entwicklung neuer Arzneimittel vorantreiben und in der Pharma-Sparte seine Führungsrolle ausbauen. Der Chemie-Multi wendet für 1995 3,3 Milliarden DM für die Forschung auf; davon entfallen 1,6 Milliarden DM auf den Bereich Gesundheit und davon wiederum 83 % auf die Entwicklung neuer Pharmazeutika. Die Kooperation zwischen den Forschungszentren in den USA, Japan und Deutschland soll intensiviert, die Grundlagenforschung vertieft werden. "Unser Ziel ist, auf

jedem therapeutischen Gebiet ein Minimum von 40 % Basisforschung zu betreiben", sagt Wolf Dieter Busse, BAYER-Forschungschef im Geschäftsbereich Pharma.

Immer dann, wenn kleinere Forschungsfirmen oder staatliche Institute an Hochschulen und anderen Einrichtungen vor gewinnträchtigen neuen Entdeckungen stehen, ist ein Technologiemanager von BAYER, "Scout" genannt, vor Ort. Er soll Kontakte knüpfen, Kooperationen starten und Lizenzen erwerben.

Bereits heute macht der Bereich Gesundheit 26 % des BAYER-Umsatzes und sogar 51 % des Ergebnisses aus. Erklärtes Ziel der BAYER-Konzernleitung ist es, den Anteil am Umsatz kurzfristig auf über 30 %, mittelfristig sogar auf über 50 % zu steigern. Immerhin: BAYER ist das einzige Chemie-Unternehmen der Welt, das mit den Präparaten CIPROBAY und ADALAT gleich zwei Präparate unter den zehn am besten verkauften Mitteln der Welt hat. Als hitverdächtig gilt auch GLUCOBAY, ein zweifelhaftes Therapeutikum zur Bekämpfung des Diabetes, das seit 1990 auf dem deutschen Markt ist und nun auch in den USA zugelassen wurde. "Auch GLUCOBAY könnte schon bald in den Top 10 sein", hofft Prof. Dr. Meyer, Leiter des Geschäftsbereichs Pharma.

Das Beispiel GLUCOBAY verdeutlicht, daß die BAYER-Pharmaforschung vor allem darauf ausgerichtet ist, profitträchtige Präparate auf den Märkten der Welt zu etablieren. Denn wie so oft wird auch bei GLUCOBAY der therapeutische Nutzen von führenden Diabetologen in Frage gestellt. Mehr noch: das Mittel gilt als schlecht verträglich und gesundheitsgefährdend, da im Tierversuch vermehrt Krebserkrankungen auftraten (SWB berichtete mehrfach).

Schneller Griff zur Pille

BAYER hat unter 3.297 Personen im Frühjahr 1995 eine Umfrage zum Thema Erkältung durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, daß jeder zweite Patient sich selbst mit einem rezeptfreien Mittel behandelt.

Rund 80 % der Befragten gaben an, während der letzten 12 Monate erkältet gewesen zu sein. Die Krankheitshäufigkeit nimmt im Alter ab. Während die 18-29jährigen zu 92 % mindestens einmal erkältet waren, ging der Anteil bei den über 50jährigen auf 76 % zurück. Obwohl die Befragten angaben, bei der Behandlung gerne auf Hausmittel wie ein heißes Bad, Inhalieren oder Milch mit Honig zurückzugreifen, nehmen 69 % dennoch ein Erkältungsmittel aus der Apotheke ein. Besonders hoch im Kurs stehen hier Produkte auf der Basis von Acetylsalicylsäure, die von BAYER unter dem Handelsnamen ASPIRIN angeboten wird.

Die statistischen Daten über das Verhalten bei Erkältungskrankheiten heizen bei BAYER die Goldgräberstimmung im Pharmabereich an, der sich beim freien Verkauf ehemals rezeptpflichtiger Medikamentente Milliarden verspricht.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN lehnt den schnellen Griff zur Pille ohne Hinzuziehung des Hausarztes ab. Denn selbst harmlos scheinende Medikamente können schwerwiegende Nebenwirkungen aufweisen.

Der gläserne Patient auf der Chipkarte

In der kleinen Kreisstadt Neuwied läuft ein Modellversuch zur Einführung von Plastikärtchen mit integriertem Mikroprozessor, der Daten zur Krankengeschichte, zu durchgeführten Untersuchungen und zum Gesundheitsverhalten von Patienten aufnehmen soll. Der gläserne Patient soll EU-weit Wirklichkeit werden. Zu diesem Zweck initiierte die Europäische Kommission Ende 1993 bereits die "konzertierte Aktion Eurocards". In sechs Arbeitsgruppen bemühen sich 35 sogenannte Experten, die Mission voran zu bringen. Das erklärte Ziel ist, daß Chipkarten in jedem Mitgliedsland lesbar und akzeptiert werden sollen. Die flächendeckende Einführung der Krankenversichertenkarte in Deutschland wird von den europäischen Strategen als "Schrittmacher" gefeiert. Schrittmacher bei der Durchsetzung der neuen Technik sind auch die Konzerne. Bei den durch die EU geförderten Chipkarten für Zuckerkrankte und Dialyse-Patienten beteiligten sich Unternehmen wie IBM, SIEMENS und BOEHRINGER. Bei BAYER in Leverkusen läuft ein Pilotprojekt, bei dem die "optical memory Karte" getestet werden soll. Sie soll minde-

stens 1.600 Seiten Text bzw. 70 Röntgenbilder speichern können. Der Pharma-Multi greift auf die Daten von Gynäkologen und Frauen zurück, die als Testpersonen schon gewonnen werden konnten. Unter anderem geht es darum, den kompletten Mutterpaß sowie Daten, die erst während der Schwangerschaft und kurz nach der Geburt im Krankenhaus routinemäßig gesammelt werden, in den Mikroprozessor der Karte einzuspeisen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert die sogenannten Gesundheitskarten, die in Wirklichkeit nichts anderes sind, als ein Beitrag zur allumfassenden Kontrolle und Überwachung der PatientInnen. Mit Hilfe der Chipkartentechnik lassen sich Menschen z. B. entsprechend der jeweils individuellen Krankengeschichte in Kategorien einteilen, die es etwa den Arbeitgebern erlauben, sie entsprechend eines vermeintlichen persönlichen Risikopotentials an bestimmte, mehr oder weniger stark belastete Arbeitsplätze zu setzen. In Kombination mit den ebenfalls fortschreitenden Bemühungen, von PatientInnen, ArbeitnehmerInnen und Versicherten einen genetischen Fingerabdruck anzufertigen, stellen die Chipkarten eine große Bedrohung dar.

Pharma-Kritiker unter Vertrag

Der Berliner Pharma-Kritiker Ulrich Möbius, der mit seinem *arznei telegramm* immer wieder den Zorn des BAYER-Konzerns auf sich gezogen hat, folgte einer Einladung des Pharma-Riesen ins Forschungszentrum nach Wuppertal. Dort hielt er vor Laien einen Vortrag über zweifelhafte Medikamente, unkritische ÄrztInnen sowie mangelnde Aufklärung der PatientInnen.

Schade, daß ein renommierter Kritiker sich auf Arrangements mit BAYER - und wie das Fernsehmagazin *Spiegel TV* behauptete - anderen Konzernen einläßt. Berechtigte Anschuldigungen bezüglich kruder Entwicklungs-, Herstellungs- und Vertriebspraktiken können dadurch leicht unglaubwürdig werden.

ASPIRIN gegen Krebs?

Für den BAYER-Tausendsassa ASPIRIN werden immer neue Anwendungsgebiete „gefunden“. Das im vergangenen Jahrhundert von dem Apotheke Felix Hoffmann erfundene Mittel kann angeblich nicht nur Schmerzen lindern, Entzündungen hemmen oder Herzinfarkten vorbeugen, der kanadische Wissenschaftler Dr. André Castonguay von der Universität in Quebec glaubt jetzt sogar, daß durch ASPIRIN Lungenkrebs gebremst werden kann.

Mäuse, die Wasser mit krebserregenden Substanz der Tabakpflanze zu trinken bekamen und daraufhin Lungentumore entwickelten, zeigten einen ganz anderen Krankheitsverlauf, wenn sie ASPIRIN schluckten. Bei 63 % der Versuchstiere soll durch den Wirkstoff die Ausbreitung des Lungenkrebses gestoppt worden sein, so der Wissenschaftler.

Wenn auch die vielen Wunder von ASPIRIN umstritten sein mögen, eins ist sicher: BAYER werden die neuen Lungenkrebs-Thesen freuen, werden sie den ASPIRIN-Konsum und die Milliarden-Profiten der kleinen Pille weiter steigern.

Suizid nach CANESTEN

Der BAYER-Kassenschlager CANESTEN, ein Präparat zur Bekämpfung von Pilzen im Fuß-, Nagel- und Vaginalbereich, kann zu schwingenden Unverträglichkeitsreaktionen führen. Eine Patientin in Großbritannien hat nach Behandlung mit der 10%igen vaginalen Creme derartig intensive und dauerhafte Schmerzen erlitten, daß sie sich aufgrund der Qualen das Leben genommen hat.

Wie kritischer MedizinerInnen berichten, sind Unverträglichkeitsreaktionen nach CANESTEN keine Seltenheit. Das Heimtückische daran ist, daß die Schmerzen nahezu jeder Therapie trotzen und die Scheidenentzündungen oft über viele Jahre fortbestehen.

Trotz eindeutiger Fallbeispiele bestreitet BAYER die Kausalität. Dr. Marianne Petersen-Braun behauptet, Unverträglichkeiten seien extrem selten und in jedem Fall nach kurzer Zeit reversibel. Die beschriebenen Symptome der englischen Patientin oder die anderer Frauen seien daher "nicht mit dem Präparat in Zusammenhang zu bringen".

CANESTEN wird seit 22 Jahren produziert und ist eines der meist verkauften Präparate des BAYER-Konzerns. 1994 wurde das Mittel aus der Rezeptpflicht genommen und wird seither aggressiv vermarktet. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert (nicht nur in diesem Fall)

1. Beweislastumkehr: Nicht die PatientInnen müssen nachweisen, daß sie geschädigt wurden, sondern BAYER muß gegebenenfalls schlüssig und zweifelsfrei darlegen, daß keine gesundheitliche Beeinträchtigung stattgefunden hat.
2. Entschädigung: Alle PatientInnen müssen umfangreich entschädigt werden.
3. Rezeptpflicht: CANESTEN muß unverzüglich wieder rezeptpflichtig werden und darf nur unter ärztlicher Aufsicht verordnet werden.
4. Forschung: Alle Verdachtsfälle müssen gesammelt und wissenschaftlich ausgewertet werden. Die Wirksubstanz von CANESTEN muß erneut auf ihre Unverträglichkeit untersucht werden und gegebenenfalls verboten werden.



GENE & KLONE

Transgene Mäuse und Ratten

Im BAYER-Pharma-Forschungszentrum am Standort Wuppertal-Aprath werden unzählige gentechnische Versuche mit dem Ziel, neue, profitbringende Substanzen zu entdecken, durchgeführt. Forschungsschwerpunkte sind Krankheiten wie Krebs, Alzheimer, AIDS und Rheuma.

Das Spiel mit den Genen ist Alltag geworden, die Achtung vor in Millionen von Jahren entstandenen Arten geschwunden. Längst hat sich BAYER daran gemacht, den genetischen Code zu knacken. Einer der Versuche in Wuppertal betrifft den Bluthochdruck. 25 weißen Ratten wurde das blutdrucksteuernde Renin-Gen der Maus eingepflanzt. Ein Sensor mißt Tag und Nacht, wie sich dieses für Ratten anormale Gen auf den Blutdruck auswirkt und ob eingesetzte Arzneimittel erfolgreich sind.

Noch entfallen von den 3,3 Milliarden-DM-Etat für die gesamte Konzernforschung im Bereich Pharma 60 % auf Deutschland, doch sollen die Gewichte stärker ins Ausland verschoben werden. "Wir brauchen die Köpfe der ganzen Welt", heißt es auf Vorstandsebene. Zu diesem Zweck hat BAYER im japanischen Kyoto im Mai bereits ein neues Pharma-Forschungs-Zentrum eröffnet, das in enger Kooperation mit Wuppertal und einer "Brutstätte" im amerikanischen New Haven arbeitet.

Die japanischen BAYER-ForscherInnen beschäftigen sich vornehmlich mit Problemen der Immunologie. Zu den wichtigsten Versuchen in diesem Bereich gehören transgene Mäuse, deren Immunsystem durch genetische Eingriffe verändert wird. Durch das Ausschalten von Genen entstehen beispielsweise Mäuse, die einen bestimmten Botenstoff nicht mehr bilden können.

Das japanische BAYER-Forschungs-Zentrum arbeitet eng mit

der medizinischen Fakultät der benachbarten Universität Kyoto zusammen.
Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN lehnt den Einsatz der Gentechnik in Forschung und Produktion kategorisch ab.

Genmoleküle überleben draußen

Eine mit BAYER-Geldern finanzierte Studie, die jetzt abgeschlossen wurde, bestätigte die von KritikerInnen seit Jahren vorgetragene These, nach der Genmoleküle auch außerhalb der Labors durchaus Überlebenschancen hätten und deshalb die Sicherheit der Gentechnik nicht zu gewährleisten sei. Der BAYER-Konzern hat im Herbst 1990 zwei Universitätsinstituten (in Düsseldorf und Oldenburg) und zwei Großforschungseinrichtungen (in Braunschweig und Jülich) insgesamt ca. 4 Mio. DM für sogenannte biologische Sicherheitsforschung in der Gentechnik zur Verfügung gestellt. Die Studien sind inzwischen abgeschlossen und zeigen, daß die im Labor veränderten Mikroorganismen auch draußen, außerhalb der Forschungseinrichtungen zwar schlechte, aber durchaus reale Überlebenschancen haben. Die WissenschaftlerInnen untersuchten zwei Bakterien und zwei Hefepilzarten, die für die Produktion des Enzymhemmers Aprotinin, den BAYER als Medikament vermarkten will, interessant sind. Zu diesem Zweck wurde den Mikroorganismen das fremde Gen eines Rindes eingepflanzt. Das bislang aus Rinderlungen gewonnene Aprotinin soll so gentechnisch hergestellt werden. In Bodenproben im Labor stellte ein Wissenschaftler der Universität Oldenburg fest, daß das Aprotinin-Gen oft viel länger nachzuweisen war, als die dazugehörigen Zellen. Der Forscher fand heraus, daß der größte Teil des frei im Boden vorliegenden Erbmaterials von nukleinsäureabbauenden Enzymen sehr schnell zerstört wurde. Doch manche Erbmoleküle überlebten, weil sie sich an winzige Sand- oder Tonpartikel sowie organisches Material im Boden hefteten. Sie konnten tage- oder sogar monatelang überdauern. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN lehnt den Einsatz der Gentechnik und insbesondere Freilandversuche strikt ab. Denn das Risiko, daß aus überlebenden gentechnisch veränderten Mikroorganismen oder Teilen von ihnen durch Kreuzung mit in der Natur vorkommenden Arten neue, gefährliche Stämme entstehen, ist unkalkulierbar.

KAMPFGASE & NERVENGIFTE

Kampfgase im Irak

Nach dem Golfkrieg wurden dem Irak weitreichende UNO-Sanktionen insbesondere hinsichtlich der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen auferlegt. Bei der Kontrolle dieser Maßnahmen wurde offenbar, daß 17 Tonnen eines Präparates zur Herstellung biologischer Waffen und 200 Tonnen eines chemischen Vorstoffes des Nervengases VX vermutlich auf dubiosen Wegen verschwunden sind. Das Patent zu dem VX-Kampfstoff, das die NATO in Auftrag gegeben hat, stammt aus den Labors des BAYER-Konzerns. Der Chemie-Multi hat, wie von der COORDINATION immer wieder kritisiert, vom ersten bis zum letzten Nervengas noch jede Entwicklung auf diesem schrecklichen Gebiet betrieben. Das Beispiel Irak verdeutlicht, daß die menschenverachtenden Erfindungen offensichtlich ohne große Schwierigkeiten in die Hände eines jeglichen Diktators oder Regierungschef gelangen können.

PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE

Pyrethroide: Insektenkiller harmlos?

Pyrethroidhaltige Insektenkiller gefährden die Gesundheit (SWB berichtete mehrfach). Die Nervengifte können Augenbrennen, Kopfschmerzen, Taubheitsgefühle in der Haut und im Extremfall sogar Lähmungen hervorrufen. Der BAYER-Konzern hat nun eine groß angelegte Kampagne gestartet, die die vermeintliche Ungefährlichkeit der Haushalts-Insektizide belegen soll. Die angeführten Schein-Argumente werden durch ständige Wiederholung jedoch nicht wahr: Es gibt keine Untersuchung, die chronische Schädigungen durch Pyrethroid-Mittel nachweise, sagt etwa der BAYER-Mitarbeiter

Ludwig Machemer. Für die von der SPD und Umweltverbänden, darunter die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, erhobene Forderung, die Anwendungen pyrethroidhaltiger Insektizide in Innenräumen zu verbieten, gäbe es, so Machemer, "eigentlich keine wissenschaftliche Begründung". Die Forderung, die auch der Petitionsausschuß des Bundestages erhoben hat, sei lediglich dem "Druck der Medien und der Öffentlichkeit" zuzuschreiben. Weder durch Langzeit- noch durch Kurzzeit-Pyrethroide bestehe bei der Anwendung im Haushalt eine Gefährdung. Dies gelte auch, wenn Kinder oder alte Menschen sich in einem Raum aufhielten, wo diese Mittel versprüht würden. Dieser Auffassung widersprechen namhafte Wissenschaftler, nicht zuletzt der Sprecher der Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BGVV) in Berlin, Jürgen Kundke. Der kommentiert die Ungefährlichkeits-Offensive des Leverkusener Chemieriesen wie folgt: "BAYER mag viel erzählen wenn der Tag lang ist, Gesundheitsschäden durch Pyrethroide sind nicht auszuschließen."

Kolumbien: Chemie zieht Pestizide zurück

Die Chemiefirmen CIBA GEIGY und AgrEvo, ein Zusammenschluß von HOECHST und SCHERING, teilte mit, sie wollten in Kolumbien drei hochgiftige Pestizide nicht weiter vertreiben. Der BAYER-Konzern, einer der Hauptlieferanten gefährlicher Ackergifte in das lateinamerikanische Land, konnte sich zu einem ähnlichen Schritt bisher nicht durchringen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert seit Jahren den hohen Einsatz giftiger Chemikalien und die schlechten Arbeitsbedingungen auf kolumbianischen Blumenplantagen. 1993 waren betroffene Blumenpflückerinnen auf Einladung der COORDINATION auf der BAYER-Hauptversammlung, um Vorstand und Aufsichtsrat mit der katastrophalen Situation vor Ort zu konfrontieren. Seither hat sich jedoch an der Geschäftspolitik der Leverkusener Konzernzentrale nichts geändert.

92 Tonnen Gifte exportiert

Die aus Deutschland im Jahr 1994 exportierte Menge an Ackergiften ist um 2 % auf 92.681 Tonnen gesunken. Dies teilte der Industrieverband Agrar (IVA) mit. Obwohl der Absatz stagnierte, kletterte der Export-Umsatz um 1,7 % auf 1,868 Mio. US-Dollar. Der BAYER-Konzern ist einer der größten Pestizid-Exporteure der Welt. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN konnte anhand vieler Einzelfälle nachweisen, daß der Chemie-Multi den Kodex der Welternährungsorganisation (FAO) ständig verletzt und fordert daher seit Anbeginn ein Produktions- und Exportverbot für gefährliche Gifte.

BAYER-Pestizide auf Bahnstrecken

Die BAHN AG versprüht jedes Jahr über 300 Tonnen Pestizide mit speziellen Spritz-Konvois der Chemiekonzerne, darunter vor allem auch des BAYER-Konzerns. So sollen "Unkräuter" von den Schotterbetten der Gleise ferngehalten werden. "Die Folge ist, daß das Grundwasser entlang der Strecke immer mehr mit Pestiziden vergiftet wird", kritisiert GREENPEACE-Sprecher Jörg Naumann. Die Giftzüge ziehen sich quer durchs Land. 78.000 km Bahnstrecke werden zumeist mit dem gefährlichen BAYER-Totalherbizid DIURON besprüht. Für den Leverkusener Chemieriesen ein Großauftrag von bis zu 50 Mio. DM. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und GREENPEACE fordern den sofortigen Ausstieg aus dem bundesweiten DIURON-Einsatz. Das Pestizid, das sogar im ökologisch rückständigen Rußland wegen vermuteter krebserregender Eigenschaften verboten ist, müßte, so die gleichlautende Forderung von COORDINATION und GREENPEACE, in Deutschland sofort verboten werden. Obwohl das Totalherbizid immer wieder im Grundwasser nachgewiesen werden kann (SWB berichtete), meint BAYER-Sprecher Hermann Josef Baaken, dies sei mit "an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen, wenn die Gebrauchsanleitung eingehalten wird".

Wir bitten alle LeserInnen gegen den Einsatz von Pestiziden auf Bahngleisen bei den Vorständen von BAYER und der BAHN AG zu protestieren. Protestschreiben bitte an die CBG, Post-

fach 15 04 18, 40081 Düsseldorf. Alle eingehenden Briefe werden gesammelt und weitergeleitet.

E 605 erneut zugelassen

Das BAYER-Uralit-Insektizid E 605 Forte ist von der Biologischen Bundesanstalt erneut gegen "saugende und beißende Schädlinge" mit erweiterten Indikationen zugelassen worden. Anwendungen sind demnach auch im Getreide- und Weinanbau möglich. Zugelassen wurde ebenfalls die Schädlingsbekämpfung auf Gemüse-Äckern.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert seit Jahren den Einsatz dieses hochgiftigen Insektizides. Noch auf der Hauptversammlung 1995 machte der Trierer Nervenarzt Dr. Peter Binz extreme Schädigungen durch E 605 für Mensch und Umwelt geltend. Der Vorstandsvorsitzende, Dr. Manfred Schneider, ließ diese Einwände trotz umfangreicher gegenteiliger Fallstudien nicht zu. Bei sachgemäßer Anwendung keine Gefahr, hieß es.

Giftanschlag mit Pestizid

Wie gefährlich Pestizide sind, wurde durch einen Giftskandal in Leverkusen erneut offenkundig. Unbekannte hatten vergiftete Fleischstücke ausgelegt, die mit dem frei verkäuflichen BAYER-Pestizid METASYSTOX behandelt worden waren. Laut Polizei kann METASYSTOX lebensgefährlich für Mensch und Tier sein. Für ein 70 kg schweres Lebewesen genügen 3,5 g dieses Giftes.

Ein Sprecher von BAYER zeigte sich keineswegs erstaunt über den Mißbrauchs des Pestizides: Fast jeden zweiten Sommer würden irgendwelche mißgünstigen Menschen vergiftetes Fleisch auslegen, sagte er.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert ein Verbot aller Pestizide und die Umstellung auf kontrolliert-biologische Anbaumethoden.

TIERE & VERSUCHE

Tierschutzpreis für BAYER-Forscher

Ausgerechnet ein Forscher des BAYER-Konzerns, jenes Chemie-Multis also, der Tierversuche im ganz großen Stil durchführt, erhielt den Tierschutz-Forschungspreis 1994 des Bundesgesundheitsministeriums. Eine Arbeitsgruppe von Prof. Peter Bannasch vom Krebsforschungszentrum Heidelberg und Harald Enzmann von BAYER in Wuppertal bekommen den Preis für den Nachweis der krebserlösenden Wirkung chemischer Stoffe an befruchteten Puteneiern.

BAYER-Vorständler haben immer wieder die "Notwendigkeit" von Tierversuchen unterstrichen. Die Alternativ-Forschung wird weniger aus ethischen denn aus betriebswirtschaftlichen Motiven heraus betrieben. Tierversuche sind oft teuer. Alternative-Methoden bieten zudem die Möglichkeit, einer ob grausamer Versuche aufgebrauchten Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

PROPAGANDA & MEDIEN

Genda-Audit: Etikettenschwindel

Statt substantielle Verbesserungen bei den allgegenwärtigen demokratischen, sozialen, ökologischen etc. Defiziten vorzunehmen, werden die immer offenkundiger zutage tretenden Mißstände mit immer neuen „Gütesiegeln“ und „Zertifikaten“ verschleiert. Nach dem „Öko-Audit“ nun das „Genda-Audit“. Wird mit ersterem angeblich die ökologische Verträglichkeit des Unternehmens zertifiziert, soll letzteres Prüfverfahren (neudeutsch: Audit) die betriebliche Gleichstellung der Frau zertifizieren. Das neue Zertifikat wird von einem Arbeitskreis, bestehend aus Vertretern der Unternehmen, der Gewerkschaften, der Fachministerien, des Bildungswerks der Hessischen Wirtschaft und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verliehen.

Das Öko-Prüfsiegelpräsentierte BAYER bereits einen Tag nach Inkrafttreten der neuen Prüfordnung - umweltverträglicher ist der Konzern damit nicht geworden. Ebenso wird es 1996 sein,

wenn das „Genda-Audit“ inkraft tritt. Der ausgearbeitete Kriterienkatalog zeigt, daß gewisse Alibi-Bemühungen um das Wohl der berufstätigen Frau ausreichen, das "Genda-Audit" zu beantragen. Eine 50 %ige Besetzung aller Spitzenpositionen jedenfalls, wie sie von engagierten Frauenrechtlerinnen seit Jahren gefordert wird, eine gerechte Aufteilung der Macht also zwischen Männern und Frauen, ist nicht vorgesehen.

Pyrethroide: "Sicher in der Anwendung"

Der BAYER-Konzern hat eine umfangreiche Pressemappe zur "Information" über seine weltweit freiverkäuflichen Haushalts-Insektizide gestreut, in der mit vermeintlich wissenschaftlicher Akuratess zu immer wieder „behaupteter“ „haltloser Kritik“ Stellung genommen wird. Die Mappe enthält neben einer Reihe von "Produktinformationen" und Stellungnahmen wissenschaftlicher "Kapazitäten" eine Fotosammlung, die unliebsame Hausgäste wie Küchenschaben, Kleidermotten und Wiesenmücken darstellt. Ergänzt wird die Mappe schließlich durch großformatiges Werben für den Motten-Killer BAYGON.

Die Schlußfolgerung der Pressemappe: "Produkte mit pyrethroidhaltigen Wirkstoffen sind bei sachgemäßem Einsatz sicher in der Anwendung." Und weiter: „Eine Aufnahme von Pyrethroiden über die Haut erfolgt nur in äußerst geringem Maße, so daß eine akute Gefährdung hierdurch praktisch nicht besteht. Die potentielle Giftigkeit durch die orale Aufnahme, also Verschlucken, ist deutlich höher. Doch erfolgt eine Aufnahme über den Magen-Darm-Trakt nur im geringem Maße. Wird der Wirkstoff tatsächlich verschluckt, so ist ein Arzt zu konsultieren. Die Wirkung von Pyrethroiden bleibt dabei ausschließlich auf einen kurzen Zeitraum nach einer Aufnahme der Wirkstoffe beschränkt. ... Sollten z. B. durch unsachgemäße Produkt-Anwendungen akute Vergiftungserscheinungen beim Menschen auftreten, gehen diese innerhalb von Stunden oder Tag, in seltenen Fällen innerhalb mehrerer Monate vollständig zurück."

Daß diese Behauptungen glatt gelogen sind, beweisen die umfangreichen PatientInnen-Karteien unzähliger WissenschaftlerInnen und ÄrztInnen, wie etwa des Münchener Mediziners Prof. Dr. Müller-Mohnssen (SWB berichtete mehrfach).

Deutsche Welle: BAYER-Gefühl in aller Welt

Die Deutsche Welle soll lt. Regierungsauftrag über Radio und TV ein "umfassendes Bild politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens" der Deutschen für das Ausland produzieren". Der in Köln ansässige Sender, der für diesen Auftrag mit 650 Mio. Mark jährlich vom Innenministerium finanziert wird, strahlt u. a. regelmäßig ausführliche Firmenportraits aus. Aktuell waren unlängst die Münchener Waffenschmiede KRAUSS-MAFFEL und der Leverkusener Chemie-Multi BAYER dran. Letzterer zeichne sich, so der Original-Ton der Deutschen Welle, u. a. durch ein "familiäres Gefühl für seine Angestellten" aus. Da lacht das BAYER-Herz ...

BAYER macht Druck gegen Radio

Anläßlich der Eröffnung einer Produktionsanlage für ASPIRIN in Bitterfeld wurde ein Vertreter der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN von Radio Mephisto aus Leipzig interviewt. Themen des Gesprächs waren der Einfluß von BAYER auf die Treuhand und das aggressive Vorgehen von BAYER/AGFA gegen den ostdeutschen Filmproduzenten ORWO. Auch die skandalösen Umstände, unter denen BAYER seine neuen Anlagen in Bitterfeld direkt neben ein Naturschutzgebiet auf eine Wald- und Wiesenlandschaft gebaut hat - obwohl tausende Hektar unverseuchten Industriegebiets zur Verfügung standen - wurde von der COORDINATION angesprochen (SWB berichtete).

BAYER bekam von dem Gespräch Wind (woher denn nur????) und intervenierte beim Sender. Der Leiter der BAYER-Öffentlichkeitsarbeit, Heiner Springer, rief höchstpersönlich aus London an und forderte erregt und ultimativ ein Live-Interview. So vernahm die verschreckte Öffentlichkeit aus dem Mund des BAYER-Propaganda-Chefs: Alles altbekannte Vorwürfe, entbehren jeder Grundlage, mit der COORDINATION darf man nicht reden usw. usf. ...

IMPERIUM & WELTMARKT

Generika in El Salvador

Der BAYER-Konzern hat vom US-Pharmagroßhändler Mc KESSON die CORPORACION BONIMA in San Salvador für 40 Mio. US-\$ gekauft. Diese Firma ist ein Anbieter preiswerten Nachahmer-Medikamente (Generika), insbesondere von Antibiotika, Vitaminen, Schmerzmitteln und Herz-Kreislaufpräparaten. Der Jahresumsatz betrug 1994 22 Mio. US-\$. BONIMA beschäftigt rund 550 MitarbeiterInnen. Mit der Übernahme will BAYER Präsenz auf sämtlichen zentral-amerikanischen Generika-Märkten zeigen. Bereits 1994 ist BAYER mit dem Erwerb des US-Unternehmens SCHEIN im großen Stil in das Generika-Geschäfte eingestiegen.

Verkauf von Medizin-Plastik

Die US-amerikanische BAYER-CORPORATION wird ihren Geschäftsbereich "medical plastics", zu dem vor allem Einwegkunststoffprodukte für die Blutentnahme und -lagerung gehören, für 41 Mio. Dollar an die PALL CORPORATION, New York, verkaufen. Von dieser Maßnahme sind 450 MitarbeiterInnen betroffen, die, wie es heißt, von PALL übernommen werden.

Neue Pillenfabrik in China

Der BAYER-Konzern hat mit der chinesischen Partnergesellschaft BETIDC (Beijing Economic Technological Investment Development Corporation) die Gründung eines Pharma-Gemeinschaftsunternehmens in China unter dem Namen BAYER HEALTH CARE vereinbart. BAYER CHINA ist mit 95 %, BETIDC mit 5 % an dem neuen Unternehmen beteiligt. BAYER HEALTH CARE wird Fabrikationsanlagen auf dem Gelände der BETIDC in Peking mit einer Investitionssumme von zunächst 30 Mio. Dollar errichten. Ab 1997 werden bisher importierte BAYER-Pharmazeutika, darunter ADALAT, GLUCOBAY und NIMOTOP, Emulsionen wie MYCOSPOR, RHEUMON und TRAUMON sowie Produkte der Geschäftsbereiche Diagnostika und Consumer Care in China hergestellt.

Dental-Sparte verkauft

Der BAYER-Konzern hat seine Dental-Sparte an die HERAEUS KULZER GmbH, Hanau, verkauft. Angaben über den Verkaufspreis wurden nicht gemacht. Die Sparte beschäftigt etwa 560 MitarbeiterInnen, davon 135 am BAYER-Standort Dormagen.

Welt-Chemiemarkt im Jahr 2010

Die BASF hat in einer Studie die Entwicklung des Welt-Chemiemarktes untersucht und in verschiedenen Szenarien beschrieben. Das "Basisszenario" geht von der Annahme eines gleichmäßigen "harmonischen" Weltwirtschaftswachstums aus, weitere Szenarien wurden mit den Begriffen "Disharmonie" und "Störfall" (Annahme extremer Entwicklungen in Rußland oder China) beschrieben.

Zusammengefaßt geht das Basisszenario davon aus, daß das Wachstum des Welt-Chemiemarktes sich nach Südost-Asien verlagert, asiatische Firmen zunehmend westeuropäischen Firmen Konkurrenz machen werden. Die Wachstumsrate der Chemieimporte aus Asien war schon in den letzten 5 Jahren deutlich höher als die Exporte aus Europa nach Asien. Bislang kommen die Exporte hauptsächlich aus Japan und zunehmend aus Korea und Taiwan.

Die BASF zieht aus ihrem Planspiel den Rückschluß, daß einerseits das Vordringen asiatischer Wettbewerber auf den europäischen Chemiemarkt "abgewehrt" werden müsse, andererseits die Erhöhung von Marktanteilen in Südost-Asien, vor allem durch Vor-Ort-Investitionen, angestrebt werden müsse.

Kalter Kaffee bei BAYER. Der Konzern hat sich auf diese Weltmarkt-Situation frühzeitig eingestellt. Massive Investitionen etwa in China sollen die Spitzenposition in der Region ausbauen.

BAYER/HOECHST: Textilfirma angelaufen

Die DYSTAR-Textilfarben GmbH, eine Tochtergesellschaft von BAYER und HOECHST, hat am 30.6.1995 ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens, an dem beide Muttergesellschaften mit jeweils 50

% beteiligt sind, wird begleitet von heftigen Protesten der Beschäftigten. Befürchtet wird insbesondere, daß die Auslagerung der Textilfarben mit massivem Arbeitsplatzabbau und Verlust an sozialem Besitzstand verbunden sein wird (SWB berichtete). BAYER und HOECHST wollen sich künftig auf die drei Produktionsstätten Leverkusen, Brunsbüttel und Fechenheim (früherer Standort der HOECHST-Tochter CASSELLA) konzentrieren.

IG FARBEN-Nachfolger auf Platz 1

In der Rangliste der 500 größten Firmen Deutschlands, gemessen an ihren Umsätzen, nehmen die IG FARBEN-Schwester BASF, BAYER und HOECHST nach Berechnungen von STICHWORT BAYER zusammen genommen den ersten Platz ein. Für sich genommen ergeben sich folgende Einzelpositionen: BAYER - Platz 13, BASF - Platz 12 und HOECHST - Platz 9.

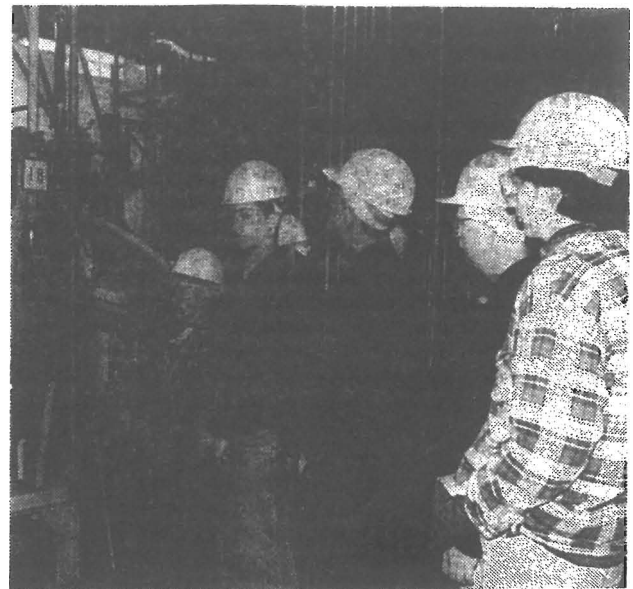
Expansion in Vietnam

Als eines der ersten deutschen Unternehmen investiert der BAYER-Konzern direkt in Vietnam. Mit Gründung des Gemeinschaftsunternehmens BAYER AGRITECH SAIGON erobert BAYER auf einen Schlag "eine führende Stellung" im vietnamesischen Veterinärmarkt.

Die Leverkusener halten 51 %, zwei lokale Partner je 24,5 % der Anteile des neuen Unternehmens. Die Produktion beginnt in einer modernisierten Fabrik am Rande von Ho-Chi-Minh-Stadt (früher: Saigon) mit Futterzusatzstoffen und Tierarzneimitteln.

Neue Pillen aus Mexiko

Der BAYER-Konzern baut in Lerma bei Mexico-City ein Pharma-Werk mit einer Jahreskapazität von 1,8 Mill. Tabletten. Dabei handelt sich um die größte Anlage dieser Art in Lateinamerika und die drittgrößte in der ganzen Welt. 70 % der Produktion von ASPIRIN, ALKA-SELTZER und anderen Präparaten sei für Mexico bestimmt, der Rest für den Export. Die Investition von 45 Mio. US-Dollar sei, so der Leverkusener Chemieriese die größte in der mexikanischen Pharmaindustrie der vergangenen zehn Jahre.



BAYER erobert alle wichtigen Märkte der Welt, die Gewinne sprudeln. Gleichzeitig werden - insbesondere in Deutschland - massiv Arbeitsplätze abgebaut.

ZENECA vertreibt BAYER-Pillen

Der britische Pharma-Hersteller ZENECA (der ausgelagerte Pharma-Teil des ICI-Konzerns) wird künftig das von BAYER hergestellte Herzmedikament NISOLDIPINE in den USA vertreiben. ZENECA erhält die exklusiven Verkaufsrechte für das Präparat, das dann unter dem Markennamen SULAR vertrieben werden soll. Über die Vertriebsrechte für ZENECA in anderen Ländern laufen noch Gespräche.

Kooperation mit US-Genfirma

Der BAYER-Konzern und die amerikanische MYRIAD GENETICS, Salt Lake City (Utah) haben einen fünfjährigen Kooperationsvertrag geschlossen. In diesem Zeitraum sollen Gene entdeckt werden, mit deren Hilfe Arzneimittel zur Vorbeugung und Behandlung von Fettleibigkeit, Osteoporose und Asthma entwickelt werden. BAYER erwirbt im Rahmen der Kooperation ein Aktienpaket von MYRIAD in Höhe von 10 Mio. US-Dollar und zahlt für Forschungsleistungen 25 Mio. US-Dollar. Der Leverkusener Chemiemulti erhält die weltweiten Entwicklungs- und Vertriebsrechte für die neuen Medikamente.

Neue Führungsmannschaft

BAYER-Vorstandschef Dr. Manfred Schneider will Gerüchten zufolge spätestens zur Hauptversammlung im April 1996 eine neue Führungsmannschaft präsentieren. Vier der acht Vorstandsposten des Leverkusener Chemie-Multis stehen zur Disposition. Ihren Sessel räumen sollen Finanzchef Helmut Loehr, Arbeitsdirektor Dr. Klaus Kleine-Weischede, Marketingchef Manfred Pflieger sowie der für Investitionen und Technik zuständige Hermann Wunderlich.

UNFÄLLE & KATASTROPHEN

Auf Asphalt gelaufen

Aus dem undichten Tank eines Sattelzuges tropften am 20. Februar 1995 in Krefeld 40 kg eines flüssigen Vorproduktes für die Kunststoffproduktion im BAYER-Werk. Das bei 180 Grad transportierte Phtalsäure-Anhydrid erstarrte bei niedrigen Außentemperaturen sofort auf der Fahrbahn und wurde von der städtischen und der Werksfeuerwehr wieder entfernt. Ob Menschen zu Schaden kamen oder Gefahr für die Umwelt bestand, wurde nicht bekannt. Bei BAYER bezeichnete man den Vorfall als "harmlos".

Tödlicher Sturz

Tödliche Verletzungen erlitt ein 38 Jahre alter Mann aus der Türkei, der am 19.6.1995 im Leverkusener BAYER-Werk verunglückte. Der von einer Duisburger Fremdfirma mit Arbeiten in 10 Meter Höhe beauftragte Mann stürzte in die Tiefe. In einer Kölner Klinik erlag er wenige Stunden später seinen schweren Kopfverletzungen.

Kollision auf dem Rhein

Ein manövrierunfähiger Frachter beschädigte am 1. August 1995 ein mit Benzol beladenes Tankschiff, das am Rheinanleger des BAYER-Werkes Uerdingen festgemacht hatte. Durch die Kollision sei angeblich kein Benzol ausgetreten, Menschen wurden nach Angaben von BAYER nicht verletzt. Das stark giftige, krebserregende, brennbare und als Luftgemisch explosive Benzol wird als Ausgangsprodukt für chemische Zwischenprodukte eingesetzt.

Ammoniak ausgetreten

Beim Reinigen eines Behälters im Farbenbetrieb eines der Leverkusener BAYER-Werke floß in der Nacht zum 30. August 1995 Spülflüssigkeit auf die Bundesstraße 8. Aus angeblich ungeklärter Ursachen waren Temperatur und Druck in dem Behälter angestiegen. Dadurch wurde eine Sicherheitseinrichtung gelöst, die der Druckentlastung dient. Rund 4.000 Liter eines Ammoniak-Wasser-Gemisches liefen dabei aus, ein Teil davon auf die angrenzende Straße. Diese mußte für rund eine Stunde gesperrt werden. Die BAYER-Werksfeuerwehr saugte das Gemisch ab, es konnte angeblich nichts in die Kanalisation gelangen. Wie immer wurde mitgeteilt, daß Personen nicht zu Schaden gekommen seien und zu keiner Zeit eine Umweltgefährdung bestanden hätte.

Crash mit BAYER-Stoff

In der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober 1995 ereignete sich bei der Ludwigshafener BASF ein Chemieunfall, in dessen Folge rund 2.000 Tonnen des gesundheitsschädlichen Stoffes Diphyl freigesetzt wurden. Der hautreizende Stoff sei als

Dampf über einen Kamin abgeblasen worden. Nach Angaben des Ludwigshafener Ordnungsdezernates sind bis zu 18.000 EinwohnerInnen von dem Unfall betroffen. Ihnen wurde empfohlen, kein Obst und kein Gemüse aus dem Stadtteil zu essen sowie die von einem Ölfilm verschmutzten Fahrzeuge nicht zu berühren und gegebenenfalls Hautkontaktstellen abzuwaschen.

Diphyl ist ein Produkt des BAYER-Konzerns, das zur Wärmeübertragung bei Destillationen oder Trockenprozessen eingesetzt wird (Temperaturbereich 200-400 Grad Celsius). Es setzt sich aus 25 % Biphenyl und 75 % Diphenyläther zusammen.

RECHT & UNBILLIG

Ärzttekammer verklagt

Die Berliner Ärztekammer, deren Präsident Ellis Huber eine Positivliste mit 600 empfehlenswerten Arzneien veröffentlicht hatte, wurde vom Verband Forschender Arzneimittelhersteller (VFA) und einzelnen Firmen verklagt. Die Ärztekammer sei zu solch einer Veröffentlichung nicht befugt, außerdem drohten Lücken in der medizinischen Versorgung. Nach Entscheidungen der Landgerichte Düsseldorf, Köln und Hamburg zugunsten einzelner Pharmahersteller mußte Huber aufgeben: "Ich kapituliere vor der wirtschaftlichen Übermacht der Pharmakonzerne". Da der Streitwert der noch anstehenden Verfahren auf eine Million Mark festgelegt wurde, hätte Huber mit sechsstelligen Prozeßkosten rechnen müssen.

Scharf kritisierte Huber Bundesgesundheitsminister Seehofer, der eine Positivliste nach jahrelanger Arbeit verhindert habe. Ein Detail am Rande zeigt dabei die Einstellung der Behörden: Seehofers Staatssekretär Wagner überreichte dem VFA-Geschäftsführer die Positivliste zum 60. Geburtstag - allerdings durch den Reißwolf gedreht in einer Klarsichthülle.

BAYER-Klage vor dem BSG

Der BAYER-Konzern hat unter Zuhilfenahme eines der teuersten Anwaltskollektive Deutschlands die Festbetragsregelung für Medikamente, die zu erheblichen Einsparungen im Gesundheitswesen geführt hat, gekippt. Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel hat im Rahmen einer entsprechenden BAYER-Klage die 1989 bei der Gesundheitsreform vom Gesetzgeber eingeführten Festbeträge als Verstoß gegen die "Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie" geahndet und entschieden, das Bundesverfassungsgericht (BVG) anzurufen. Die Festlegung von Festbeträgen hätte, so das BSG, nicht allein den Krankenkassen übertragen werden dürfen. Dadurch seien die Hersteller von Medikamenten und Hilfsmitteln in ihren Grundrechten verletzt worden. Die Festpreise sind nach Auffassung des BSG ein Eingriff in die vom Grundgesetz geschützte Berufsfreiheit der Pharmaunternehmen. Solche Eingriffe seien im Interesse der Allgemeinheit zwar durchaus zulässig, müßten dann aber auf politischer Ebene verantwortet werden. Die obersten Sozialrichter sprachen sich also nicht gegen die Festpreise als solche aus, sondern letztlich nur dagegen, daß Politiker ihre Verantwortung an Instanzen (nämlich den Krankenkassen) abgeben, die sich niemandem gegenüber rechtfertigen müßen.

Im Zuge der Gesundheitsreform waren für die wichtigsten Medikamentengruppen Festpreise beschlossen worden. Sie dürfen von Herstellern und Apotheken zwar überschritten werden, die Mehrkosten werden seitdem aber nicht mehr von der gesetzlichen Krankenversicherung, sondern vom Patienten selbst bezahlt. Um weiter im Geschäft zu bleiben, haben die Hersteller von Original-Präparaten für viele Medikamente ihre Preis auf oder unter das Festpreinsniveau gesenkt. Durch die Preissenkungen sind den Krankenkassen jährlich bis zu 2 Milliarden DM an Kosten erspart worden. Bleibt abzuwarten, ob mit dem Spruch des Kasseler Gerichtes die Festpreise an sich zu Fall gebracht werden, oder ob sie künftig von politisch legitimierten Instanzen verordnet werden. Schließlich bleibt die Frage, wie in der Zwischenzeit bis zur Klärung durch das Bundesverfassungsgericht verfahren werden soll. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen fürchtet, daß bis zu einer Entscheidung durch das oberste

Gericht in Karlsruhe noch Jahre vergehen könnten. Beim BAYER-Konzern scheint man darauf zu spekulieren, daß wenigstens in dieser Übergangszeit die Festbetragsregelung ausgesetzt wird, um sie dann schließlich ganz kippen zu können.

Patentstreit: Ansprüche verjährt

Eine der mit 30 Jahren längsten patentrechtlichen Streitigkeiten fand am 27. Juni 1995 vor der vierten Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichtes ihr vorläufiges Ende. Der Erfinder Heinz Süllhöfer verlor alle Lizenzansprüche aus einer Maschine zur Verarbeitung des Kunststoffes Polyurethan, die BAYER - nach Süllhöfers Ansicht - widerrechtlich benutzt (SWB berichtete mehrfach). Damit entzog das Gericht der 177-Millionenschweren Klage Süllhöfers die Basis. Die vor Gericht erschienenen BAYER-Vertreter jubelten: "Damit sind die 177 Millionen Streitwert vom Tisch", sagte Joachim Strauss, Chefjustiziar von BAYER. Und: "Wir werden unsere Vollstreckung in Höhe von 900.000,— DM weiter fortsetzen." Strauss bezog sich damit auf die von BAYER gegen Süllhöfer geforderte Erstattung der Prozeßkosten. Der 68jährige Erfinder wollte die aus seinen verlorenen Verfahren entstandenen Kosten mit den zu erstattenden Lizenzen verrechnen. Dieses Kalkül geht nun nicht auf, und BAYER-Advokat Strauss reibt sich die Hände: "Wenn Herr Süllhöfer nicht aufpaßt, bleibt ihm von möglichen Erstattungen nichts mehr übrig", jubiliert er.

Mit dem Düsseldorfer Urteil wird eine von BAYER in einem geheimen "Strategie-Papier" festgehaltene Einschätzung zugunsten des Chemie-Riesen noch übertroffen. Darin heißt es schon in den 60iger Jahren (zu Beginn der Prozesse), daß das Süllhöfer-Patent "juristisch" nicht zu erlangen sei. Der einzig gangbare Weg dazu sei die "biologische Variante", also der Prozeß bis zum Tode des Erfinders. Wie es scheint, hat BAYER mit dem Düsseldorfer Urteil nun schon vor dem Tode Süllhöfers alles erreicht.

LEHRE & HOCHSCHULE

Köln: Uni-Freunde mit BAYER-Präsident

Der "Verein der Freunde und Förderer der Universität zu Köln" hat einen neuen Präsidenten: das BAYER-Vorstandsmitglied Dieter Becher löste Hermann Josef Strenger, Aufsichtsratsvorsitzender des Leverkusener Chemiekonzerns, nach 5 Jahren ab. Der Förderverein unterstützt mit insgesamt 230.000,— DM die Fakultäten und die akademischen Gremien. Dies jedoch keineswegs uneigennützig: Denn die Spendentätigkeit sichert dem Konzern Einfluß und Zugriff die Forschung. Nicht nur in Köln, sondern auch in Bonn und anderen Städten.

SPORT & MEDAILLEN

Kraft durch Doping

Neue Runde im Doping-Skandal bei BAYER. Olympiastützpunkt-Leiter Uli Eicke hatte behauptet, der Leverkusener Multi helfe den sportlichen Leistungen seiner AthletInnen durch chemische Gaben aus den eigenen Labors auf die Sprünge. (SWB berichtete mehrfach).

Erstmals im Dezember 1994 hatte Eicke Doping-Vorwürfe erhoben, sich aber stets geweigert, Namen zu nennen ("Ich werde keine Athleten denunzieren"). Dennoch hatte Eicke den Leverkusener Leichtathleten Walter Ewen vor der Anti-Doping-Kommission (ADK) des deutschen Sports als wichtigsten Zeugen für seine Vermutungen präsentiert. Ewen war aber mit einer eidesstattlichen Versicherung auf Distanz zu Eicke gegangen.

Doch dann kam die überraschende Wende: Ewen erklärte gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, er habe nur "auf massiven Druck der BAYER-AG" seine Doping-Vermutungen zum Clubtraining der Lang- und Mittelstreckenläufer zurückgezogen. Zusätzlich seien auch andere aussagewillige Athleten beeinflusst worden. Ewen begründete seine unerwartete Aussage damit, daß er die Bemühungen Eickes um einen humanen Leistungssport unterstützen wollte. Eicke habe mit seiner Anklage in der Sache Recht, sei "aber

ungeschickt vorgegangen". Die Anti-Doping-Kommission sieht sich nun gezwungen, sich mit dem Fall erneut zu beschäftigen. "Absoluter Vertrauensschutz für aussagebereite Sportler ist garantiert", so Harald Pieper, Sprecher des Deutschen Sportbundes (DSP).

Schützenhilfe erhält BAYER vom Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV), der Eickes Freistellung als Olympia-Stützpunktleiter fordert. Dessen Generalsekretär, Jan Kern, sagte zu den Anschuldigungen: "Bei uns liegt überhaupt nichts vor. Die Behauptungen von Walter Ewen sind aus meiner Sicht haarsträubend." Diese Auffassung vertritt - wer hätte etwas anderes erwartet? - auch der BAYER-Konzern. Unterschiedlichen Meldungen zufolge haben der Leverkusener Chemie-Multi und bzw. oder der DLV eine einstweilige Verfügung gegen Ewen erwirkt, die ihm unter Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000,— DM, ersatzweise 6 Monate Ordnungshaft, die Wiederholung seiner Behauptungen untersagt. Dazu DLV-Präsident Prof. Helmut Digel: "Wir hatten Herrn Ewen aufgefordert, ... eine Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Das hat er nicht getan. Wenn er derartige Anschuldigungen wiederholt, muß er nach der einstweiligen Verfügung möglicherweise ein Ordnungsgeld zahlen. Wir können es nicht dulden, daß uns jemand unterstellt, wir würden ein Doping-Komplott zusammen mit einem Chemie-Konzern tragen. Dazu kam der Vorwurf von Herrn Ewen, der DLV halte in diesem Fall Unterlagen zurück."

Der Fall ist offensichtlich so heikel, daß auch vor Schlägen unterhalb der Gürtellinie nicht zurückgeschreckt wird. BAYER-Justiziar Joachim Strauss nimmt den Leverkusener Langstreckenläufer Ewen, der für seinen Verein TSV BAYER 04 Leverkusen vermutlich nie wieder an den Start darf, "einen gefährlichen Menschen mit Geltungsbedürfnis". Formulierungen, die der COORDINATION bestens bekannt sind....

LESER & MEINUNG

Ich habe mir das Buch "BAYER Macht Kasse" durchgelesen und war von der Vielseitigkeit der dargestellten Aspekte überrascht. ... Ihr habt das dort zum Thema gemacht, wo das alles auch hingehört, direkt bei den BAYER-Aktionären. Man muß sich wirklich fragen, wieviel Arroganz dazu gehört, die aufgeworfenen Problemstellungen durch Mikrophonabstellen, rhythmisches Klatschen und Buh-Rufen zu beantworten. Wenn das die Antwort dieser Herren auf die Lehren von 1933 bis 1945 ist, dann kann unsere Schlußfolgerung daraus nur lauten, daß Bonn und Weimar sich vielleicht graduell, aber nicht grundsätzlich unterscheiden. ...

In diesem Sinn ist Eure Arbeit wirklich beispielhaft. Sowenig wie "der Deutsche" für 1933 verantwortlich war, ist "der Mensch" für alle Umweltsauereien verantwortlich. Aber eines sollten wir tun: über notwendige Kritik an den Verantwortlichen und den sie tragenden Strukturen hinaus wenigstens eine Spur glaubwürdiger sein. Auch wenn unser Leben von BAYER-Produkten durchsetzt ist, steht es mir frei, sie zu kaufen oder nicht.

R. J., Waldkirch

An den Vorstand des BAYER-Konzerns: Daß der BAYER-Konzern demokratische Regeln nicht beachtet oder gar außer Kraft setzt, ist mir seit langem hinreichend bekannt! Auch mit Wahrfähigkeit ist es bei BAYER nicht weit her. Das erkennt man am Umgang mit der mörderischen Vergangenheit in der Nazi-Zeit, aber auch am Verhalten in der "Dritten Welt". Dort wird schlicht und einfach gegen jedes Menschenrecht verstoßen, Beispiele gibt es viele. Aber was sie sich in der letzten Aktionärs-Hauptversammlung geleistet haben, schreit nach dem Ruf "wehret den Anfängen". Denn das sind Methoden, die wir aus dem Dritten Reich kennen, aus dieser Zeit haben sie ja noch hinreichend Erfahrungen. Der Einsatz ihrer Prügelriege und das Abschalten der Mikrophone ist ja ein Relikt aus der Zeit, als es noch ein KZ IG Auschwitz gab und Kritiker einfach in einem KZ verschwanden oder zu Tode kamen. Der Prügeleinsatz und die Beschneidung des Rederechtes ist ein Verstoß gegen geltendes Aktienrecht. Sie sind nicht der absolute Herrscher in unserem Land. Und noch nicht so mächtig, wie einst der vom BAYER-Konzern geliebte Hitler und seine Konsorten. ...

H. R., Wuppertal

GIFTE IN ATOMFABRIK

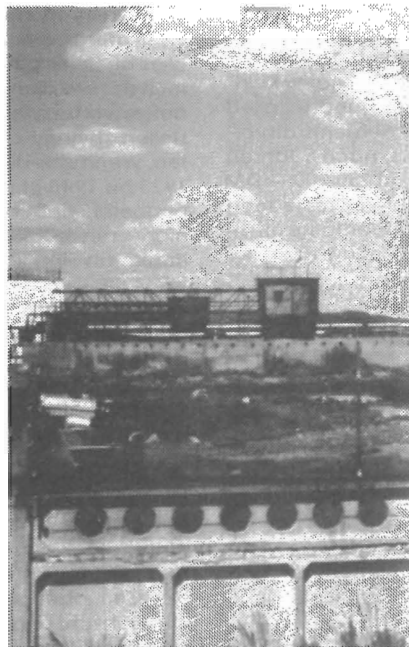
ZWEIFELHAFTES RECYCLING IN KASACHSTAN

Der metallurgische Betrieb H. C. STARCK GmbH in Goslar, eine hundertprozentige BAYER-Tochter, exportiert molybdänhaltige Abfälle und Schrott zum angeblichen Recycling nach Kasachstan. Das Unternehmen gibt an, die Bedingungen dort seien hervorragend und sogar "besser als in Deutschland". Doch UmweltaktivistInnen fanden in Kasachstan eine Atomruine mit offen gelagerten Abfallhaufen und ausgedienten Fabrikteilen vor. Von Jan Rispens, GREENPEACE

Im März 1995 hatte H. C. STARCK bei einem von der internationalen Handelskammer gesponsorten Work-Shop für Mitglieder der Baseler Konvention als einzige westliche Firma eine Fallstudie präsentiert. STARCK sagte, ihre nicht-eisen-metallhaltigen Abfälle würden in Kasachstan in einer Hochtechnologiefirma recycelt, ohne jedoch Namen und Standort zu nennen. 1994 hat das Bonner Wirtschaftsministerium ein bilaterales Abkommen über den Export gefährlicher Abfälle mit Kasachstan geschlossen, weil dieses Land nicht Mitglied der Basel-Konvention war. Das Umweltbundesamt in Berlin bestätigte, das dieses Abkommen speziell auf die Wünsche der Firma STARCK zugeschnitten war; STARCK sollte die Möglichkeit erhalten, "Sekundärrohstoffe" in Übereinstimmung mit umweltvölkerrechtlichen Bestimmungen in Kasachstan recyceln zu lassen.

STARCKs Schwerpunkt ist die Produktion und der Handel von und mit seltenen Nicht-Eisen-Metallen wie Wolfram und Molybdän. Den Transportdokumenten zufolge enthalten die STARCK-Abfälle Molybdän, verpackt in 120- bzw. 200-Liter-Stahlfässer. STARCK hat eine deutsche Exportlizenz für sechs Eisenbahntransporte in 1995 durch den finnischen Hafen Hanko. Insgesamt sollen 650 Tonnen in einer hydrometallurgischen Fabrik in Stepnogorsk im Nordwesten

Kasachstans, 200 km nordöstlich von Akmola (russischer Name: Tselinograd) gebracht werden. Die Zusammensetzung besteht laut Transportpapieren aus Molybdän, Eisen, Kupfer, Aluminium, Kalzium und Silizium. Über etwaige Verunreinigungen liegen keine Angaben vor.



Bis vor einigen Jahren gehörte Stepnogorsk zu dem sowjetischen "militärischen-industriellen Komplex"; es gehörte zu den "geheimen Städten" und war nicht einmal auf einer offiziellen Karte der Region verzeichnet.

Während des genannten Basel-Workshops in Dakar, Senegal, betonte der Vertreter von STARCK, Dr. Paul Martin, dieses Projekt könne als sehr positives Beispiel für Recycling von Giftmüll in einem Nicht-OECD-

Land angesehen werden. Die Fabrik in Kasachstan wende eine Technologie an, die "besser als in Deutschland" sei, sagte er. Er behauptete ebenfalls, daß die Abfallflächen für den Giftmüll bei der hydrometallurgischen Fabrik in Kasachstan besser sind als die von STARCK in Goslar selbst. Das Gegenteil jedoch ist der Fall.

Die Mine und das chemische Kombinat in Kasachstan ist ein großer industrieller Komplex, der in den sechziger Jahren zur Produktion von Uranoxyd für die Atomindustrie errichtet worden ist. Die Stadt Stepnogorsk mit ihren über 70.000 EinwohnerInnen und einigen kleineren Vororten wurde speziell für die Unterbringung der (ehemaligen) Beschäftigten des Komplexes gebaut. Die Atomfabrik liegt ungefähr 14 km nördlich von Stepnogorsk in der Nähe des Ortes Zavodskoi.

Die ganze Region rund um den Komplex, inklusive Stepnogorsk, ist eine spezielle Sicherheitszone. Das bedeutet, daß bis heute Fremde diese Region nur mit einem speziellen Visa und einer Erlaubnis der Regierung in Almati (russischer Name: Alma Ata) betreten können. Bis vor einigen Jahren gehörte Stepnogorsk zu dem sowjetischen "militärischen-industriellen Komplex"; es gehörte zu den "geheimen Städten" und war nicht einmal auf einer offiziellen Karte der Region verzeichnet.

Der größte Teil des Uran-komplexes ist das eigentliche Bergbaugelände, wo das gewonnene Uranerz jetzt aufriesigen, über mehrere hundert Hektar großen Halden gelagert wird. Die Energie für dieses Kombinat wird von den örtlichen Elektrizitätswerken geliefert.

Die Schwefelsäure, die gebraucht wird, um das Uranoxyd vom Erz auszulaugen, wird in einem separaten Bereich produziert. Dies ist eine wesentliche Ursache für den sauren Regen in dieser Region. Von den 70.000 Tonnen Luftschadstoffen, die um Stepnogorsk freigesetzt werden, stammen über 20.000 Tonnen aus der Schwefelsäurefabrik.

Die hydrometallurgische Fabrik ist das Herzstück des Komplexes. Hier werden Uran und andere seltene Metalle wie Molybdän von Erz mit Hilfe der besagte Schwefelsäure ausgewaschen. Der Uranausstoß ist immens, wurde aber seit 1988 stark reduziert.

FORDERUNGEN

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert einen sofortigen Export-Stop giftiger Abfälle nach Kasachstan, eine umfassende ökologische Bestandsaufnahme sowie eine umweltgerechte Entsorgung und Sanierung auf Kosten des BAYER-Konzerns. <http://www.greenpeace.org>

GREENPEACE hat den Export des deutschen Giftmülls aus dem Hause der BAYER-Tochter H. C. STARCK in Goslar mit großem Eifer untersucht. Während eines Lokaltermins beobachteten die UmweltschützerInnen, daß die tatsächliche Situation sich dramatisch von den Beschreibungen der Firma H. C. STARCK unterscheidet. Der hydrometallurgische Komplex gleicht mehr einer Industri ruine denn einer High-Tech-Einrichtung. Viele der Gebäude auf dem Fabrikgelände sind in einem sehr schlechten Zustand und besonders die Abfall-Abteilung der Fabrik macht einen dramatisch vernachlässigten Eindruck. Auf und um das eigentliche Fabrikgelände sind große Berge verschieden farbiger

Giftstoffe zu sehen. Die meisten von ihnen liegen in Form von Staub vor, die durch den Wind auch in die umliegende Gegend verweht werden. Es wird nicht eine einzige Maßnahme unternommen, um die Umwelt vor den Giftstäuben zu schützen. Weil die Fabrik in einem feuchten Sumpfgebiet liegt, besteht größte Gefahr für das Grundwasser. Hinter dem Fabrikgelände

sind demontierte Fabrikteile und Einrichtungen zu finden, die ohne Vorichtsmaßnahmen und Rücksicht auf die Umwelt dort "abgelagert" wurden. Nagelneue 200-Liter Fässer mit der Aufschrift "Zypern-Molybdän" wurden auf dem Gelände der Fabrik gesichtet. Es besteht der Verdacht, daß sie ein Teil von H. C. STARCK gelieferten Menge sind.



Viele der Gebäude auf dem Fabrikgelände sind in einem sehr schlechten Zustand und besonders die Abfall-Abteilung der Fabrik macht einen dramatisch vernachlässigten Eindruck. Auf und um das eigentliche Fabrikgelände sind große Berge verschieden farbiger Giftstoffe zu sehen. Die meisten von ihnen liegen in Form von Staub vor, die durch den Wind auch in die umliegende Gegend versprüht werden.



Hier werden Uran und andere seltene Metalle wie Molybdän von Erz mit Hilfe von Schwefelsäure ausgewaschen. Der Uranausstoß ist immens. Fotos: GREENPEACE

Tragödie für die Opfer

BAYER-KritikerInnen fordern Beweislastumkehr

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 3. August 1995 die Verurteilung zweier Manager der ehemaligen BAYER DESOWAG MATERIALSCHUTZ wegen Verfahrensfehlern aufgehoben. Damit bleibt Tausenden von Chemiegift-Opfern nun kaum noch Hoffnung auf Schadensersatz. Von Hubert Ostendorf

Im Mai 1993 waren die beiden DESOWAG-Manager Fritz Hagedorn und Kurt Steinberg zu je einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung und 120.000,— DM Geldstrafe verurteilt worden. Sie wurden für schuldig befunden, den Vertrieb von sogenannten "Holzschutzmitteln" zugestimmt zu haben, obwohl ihnen aus Gutachten und Mitteilungen geschädigter AnwenderInnen bekannt gewesen ist, daß die Inhaltsstoffe - Pentachlorphenol (PCP) und Lindan - schwere Gesundheitsschäden verursachen können. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat auf den Hauptversammlungen des BAYER-Konzerns frühzeitig und wiederholt über die Gefahren, die von den Holzgiften XYLADOKOR und XYLAMON ausgehen, informiert. BAYER hatte dies seinerzeit als "einseitige und demagogische Indoktrination der Bevölkerung von der Nordsee bis zu den Alpen" abgetan. Noch auf der letzten Hauptversammlung warnte die COORDINATION davor, daß auch die aktuell vertriebenen, angeblich gesundheitsverträglichen "Holzschutzmittel" eine hochgiftige Zeitbombe darstellen, über die die Gerichte vermutlich in etwa zehn Jahren zu befinden haben. Sie enthalten nämlich sogenannte Pyrethroide, die von der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde zu den gefährlichsten Nervengiften überhaupt gerechnet werden. Statt die Bedenken ernst zu nehmen, hat der BAYER-Konzern 1988, ausgelöst durch massive Protestaktionen, seinen 37%igen Anteil an der DESOWAG an die internationale SOLVAY-Gruppe veräußert.

Der 2. Senat des Bundesgerichtshofs hat auf 23 Seiten das Urteil der Frankfurter Richter sozusagen mit einem Federstrich wegen einer Verfahrens- und einer Sachrüge vom Tisch gewischt und an das Landgericht zurückverwiesen. Der

Heidelberger Nierenspezialist Wolfgang Huber, so die Begründung, hatte die Staatsanwaltschaft 1990, lange vor seiner Berufung zum Sachverständigen im sogenannten Holzschutzmittelprozeß "ausdrücklich ermutigen wollen, in diesem Verfahren nicht locker zu lassen". Weil das Landgericht dem Antrag der Verteidiger, Huber als Sachverständigen wegen Befangenheit abzulehnen, nicht nachkam, attestierte der BGH nun einen schwerwiegenden Fehler. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisiert diese Begründung als einseitig und parteiisch. Demnach dürften zukünftig nur noch Sachverständige als unbefangen zugelassen werden, die sich gegen die Opfer auf die Seite der Konzerne schlagen. Die Auswahl der Experten war dem Frankfurter Gericht ohnehin alles andere als leicht gefallen. Teilweise wurden wegen des permanenten Vorwurfs der Befangenheit sogar Gutachter aus den USA bemüht.

Bei den Betroffenen auf völliges Unverständnis stößt der Vorwurf der obersten Richter, das Landgericht habe die Kritik an den "Erkenntnissen neuerer medizinischer Forschung", die von einer Kausalität zwischen der Anwendung von Holzgiften und dem Auftreten schwerer Krankheitssymptome ausgehen, nicht "in dem gebotenen Umfang" dargestellt. Dies ist angesichts der 366 Seiten starken detaillierten Frankfurter Urteilsbegründung kaum nachvollziehbar.

Die Aufhebung des Frankfurter Urteils ist nicht nur für die Betroffenen, die nun angesichts einer sich über Jahre hinziehenden neuen Verhandlung kaum noch Aussicht auf Schadensersatz haben, verheerend. Der Verbraucherschutz allgemein hat eine schwere Schlappe erlitten. Schon vor dem BGH-Spruch wurde deutlich, daß der BAYER-Kon-

zern mit einer industriefreundlichen Entscheidungsrechnung rechnen konnte. (Entsprechende Einflußnahmen sind natürlich reine Spekulation.) Auf der BAYER-Hauptversammlung im April 1995 sagte Konzernchef Dr. Manfred Schneider, man sehe dem BGH-Urteil "mit Gelassenheit" entgegen. Schließlich, so Schneider: "Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß sich die BAYER-Verantwortlichen nichts zu schulden haben kommen lassen. Deshalb sind Rückstellungen für die Entschädigung der Opfer nicht notwendig."

Der BGH-Vorsitzende Burkhard Jehnke sieht in der Aufhebung des Urteils keineswegs einen Freispruch für die Angeklagten. Immerhin, so das Gericht: "Der Nachweis von Kausalzusammenhängen (zwischen

Nervengifte

Sogenannte Holzschutzmittel sind gefährliche Nervengifte. Besonders nach Anwendung in Innenräumen können schwerwiegende gesundheitliche Schäden auftreten. Die Opfer berichten unter anderem von Kopfschmerzen, Lähmungsercheinungen, Konzentrationschwäche, Seh- und Schlafstörungen sowie anderen Symptomen. Holzgifte können ferner Krebs auslösen.

Die Anzahl derer, die durch Holzgifte geschädigt wurden, geht allein in Deutschland in die Zehntausende; weltweit dürften viele Millionen Menschen betroffen sein. Wie hoch die Anzahl der Todesfälle ist, wurde nirgendwo erfaßt.

Holzgiften und gesundheitlicher Schädigung, ho) verlangt keine absolute, von niemandem anzweifelbare Gewißheit. Es genügt vielmehr ein ... ausreichendes Maß an Sicherheit, das keinen vernünftigen Zweifel bestehen läßt." Ein bitterer Trost für die Geschädigten. Denn Zivilklagen gegen den SOLVAY- oder BAYER-Konzern sind erst möglich, wenn die beiden Manager in Frankfurt irgendwann erneut schuldig gesprochen werden. Dies dürfte - wenn überhaupt - angesichts einer langen Prozedurdauer erst in Jahren geschehen. Und selbst im Falle eines erneuten Schuldspruchs bleibt erneut die Gefahr, daß das Urteil zum zweiten Mal vor dem Bundesgerichtshof angefochten und gekippt wird.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die sofortige Einführung der Beweislastumkehr. Nicht die Opfer sollen nachweisen müssen, daß sie geschädigt worden sind, sondern die Hersteller müssen glaubhaft machen, daß ihre in Verdacht geratenen Produkte unschädlich sind. Können sie dies nicht, so müssen sie zu Entschädigungszahlungen verurteilt werden.

Von Anfang an gewarnt

(swb) Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat den BAYER-Vorstand vor über 10 Jahren bereits über die schwerwiegenden Gesundheitsgefahren durch Holzgifte in Kenntnis gesetzt. Kaum eine offizielle Hauptversammlung ist vergangen, auf der nicht kritische RednerInnen eine sofortige Einstellung von Produktion und Vertrieb der bösartigen Nervengifte gefordert hätten. Der jeweilige Vorstandsvorsitzende reagierte immer auf ähnliche Weise: "Bei sachgemäßer Anwendung keine Gefahr", hieß es. Die beanstandeten Inhaltsstoffe seien ungefährlich. Die Kampagne der COORDINATION, der VerbraucherInnen-Initiative und der Interessensgemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten (IHG) wurde von BAYER als "einseitige und demagogische Indoktrination der Bevölkerung von der Nordsee bis zu den Alpen" abgetan.

Weil die BAYER-Manager bei der Holzgift-Tochter DESOWAG den Ton angegeben haben, erstattete die COORDINATION Strafanzeige gegen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Die Staatsanwaltschaft hat den Antrag jedoch nicht weiter verfolgt.

Auch wenn die DESOWAG heute formal nicht mehr zum BAYER-Konzern gehört, so besteht nach Auffassung der COORDINATION nach wie vor die moralische Verpflichtung, die Opfer zu entschädigen.

Ein Großversuch

Auf der BAYER-Hauptversammlung im April 1995 redete der kritische Aktionär Marc Pletzer für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zum Thema Holzgifte. Wir dokumentieren die Rede auszugsweise.

Sehr geehrter Herr Dr. Schneider, sehr geehrte Damen und Herren, bereits 1969 hat eine Frau vor dem Oberlandesgericht in Koblenz einen Prozeß gegen die DESOWAG gewonnen, weil sogenannte Holzschutzmittel todbringende Gifte enthielten, Lindan und Pentachlorphenol. Tja, Herr Strenger (das ist der heutige Aufsichtsratsvorsitzende), da war 1987 ja reichlich spät für einen Ausstieg. (BAYER hat Lindan und Pentachlorphenol gegen ebenfalls äußerst giftige Pyrethroide ausgetauscht.) Haben Sie denn etwa nichts von dem Urteil 1969 gewußt? Da hätte Ihnen einer der beiden verurteilten Geschäftsführer weiterhelfen können, Dr. Kurt Steinberg. Der war nämlich an dem Prozeß 1969 beteiligt. Ohnehin hat dieser Mann sicherlich sehr fundierte Kenntnisse über Holzgifte: Er ist nämlich Chemiker und schon 1954 bei der DESOWAG angefangen. Den hätten Sie mal fragen sollen, Herr Strenger. Jetzt fragen Sie sich, meine Damen und Herren, warum ich das anspreche. Wissen Sie, Dr. Steinberg ist im Jahr 1993 im Frankfurter Holzgiftprozeß zu einem Jahr Haft verurteilt worden. Allerdings auf Bewährung. Übrigens hat BAYER sich schon am 1. 1. 1968 an der teiligt. D. h., eiger von Herrn Dr. Herrn Strenger oder etwas verhat etwas von Urteil gewußt erzählt. Oder finnoch etwas in ten? ...



Die Staatsanwaltschaft hat bereits die BAYER-Büros durchsucht. Und das ist im Fall besonders. Sol-Meinung nach Ordnung sein, ist Wissen Sie, das daß BAYER für die Ausgangsdurchgeführt hat. Dafür werden Hohlkisten mit dem Gift gespritzt, in kleinen Räumen untergebracht und dann messen die Experten, wie lange wieviel Gift ausgasst, d. h. in den umliegenden Raum verdampft. Wir alle werden vermutlich nie erfahren, wie diese Versuche ausgegangen sind. Aber Sie haben die Ergebnisse aus dem Großversuch. Den Test aus den Heimwerker-Supermärkten, in denen die DESOWAG ihr Gift verkauft. Fact sieht: Es sind zahlreiche Häuser unbewohnbar geworden. Ursache Holzgift. Familien wurden in Ruin getrieben. Ursache Holzgift. Tausende sind lebenslanglich schwer krank und kaum lebensfähig. Ursache Holzgift. Kinder starben und sterben an Leukämie. Ursache Holzgift. Erwachsene wurden nach jahrelanger Krankheit in den Tod getrieben. Ursache Holzgift. Nun kann man das ganze natürlich auch anderes herum sehen. XYLAMON und XYLADOKOR waren teure Holzgifte. Es gab deutlich billigere. So war und ist vor allem die deutsche Elite von dem Gift betroffen. Die hat übrigens zumeist die besseren Häuser, meine Damen und Herren. Und deren Sanierung wird teuer. Die Besserverdienenden konnten es sich leisten, etwas mehr für ein Markenprodukt auszugeben. Das Markenprodukt aus dem Hause BAYER. Denn darauf kam es an bei der Namensänderung 1968. Von DESOWAG zu DESOWAG BAYER. Und dieses BAYER wurde dann in dem Anzeigen besonders deutlich herausgestellt. ..."

Folter im Labor

BAYER weiterhin gegen Abschaffung der Tierversuche

Fast schon zum Volksmärchen ist die Fabel "Sicherheit durch Tierversuche" geworden, dank der modernen Geschichtenerzähler auch und gerade in BAYERs fabelhaften PR-Zentralen. Doch die angeblichen Sicherheitstests in Form "toxikologischer Routineuntersuchungen" an Tieren halten nichts von dem, was die Werbung den VerbraucherInnen verspricht. (Teil I) Von Elke Mertens

Geschäft vor Tierschutz

Tierversuche, heißt es, sollen die Giftigkeit (= Toxizität) bzw. schädliche Wirkungen feststellen. Sie werden für die Entwicklung von Arzneimitteln, Lebensmittelzusatzstoffen wie Farbstoffe und Konservierungsmittel, Körperpflegemitteln, Haushaltschemikalien, Pestiziden etc. sowie Industriechemikalien durchgeführt. Gebetsmühlenartig verbreiten BAYER und die meisten anderen Konzerne, diese Untersuchungen seien "gesetzlich vorgeschrieben". Dabei wird geflissentlich verschwiegen, daß ausgerechnet die Industrie-Lobby maßgeblich bei der Entstehung und Aufrechterhaltung solcher Vorschriften hilft. Als 1993 auf Druck der Öffentlichkeit eine Kommission aus Bundestag und Bundesrat eine Novelle des Tierschutzgesetzes erarbeiten wollte, reiste BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Karl-Heinz Büchel eigens nach Bonn, um in einem Gespräch mit der CDU/CSU-Fraktion nachdrücklich gegen die geplanten Einschränkungen zu protestieren. Diese, so Büchel damals, seien "völlig unnötig" und erschwerten die Pharmaforschung in Deutschland erheblich. Das Landwirtschaftsministerium (zuständig für Tierschutz) gab klein bei (siehe STICHWORT 4/93).

Büchels Panik ist erklärbar. Denn solange "tierexperimentelle Sicherheitstests" helfen, das Haftungsrisiko der Hersteller bei Schadens-

ersatzansprüchen zu mindern, muß jeder potentielle Einbruch in den Lügenkomplex "Tierversuch" abgewehrt werden.

Laboralltag

Besonders aufschlußreich ist die Auswahl der "Tiermodelle", die angeblich entsprechend der Fragestellung eines geplanten Versuchs oder eines menschlichen Krankheitsbildes getroffen wird. Bei den Giftigkeitsprüfungen überwiegen Ratten und Mäuse, generell die meistverbrauchten "Labortiere" (ihr Anteil: über 90%). Wie praktisch, daß Mäuse und Ratten preiswert, auf kleinstem Raum zu halten, sparsam im Verbrauch und vermehrungsfreudig sind, werden doch in der industriellen Toxikologie mit Abstand die meisten Tiere verbraucht - ohne Betäubung und ohne Schmerzmittel.

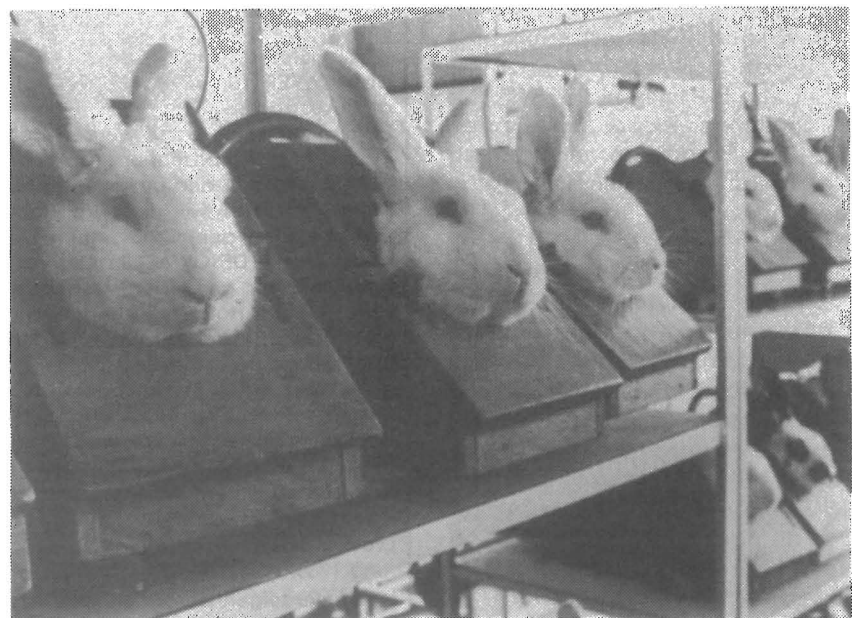
Den für toxikologische Prüfungen ebenfalls verwendeten Be-

gles bescheinigt BAYER in einer aktuellen Broschüre, daß sie "sich dafür als besonders geeignet erwiesen haben." Tierversuchsbefürworter Horst Stern wußte schon 1979 den Grund: "Der Beagle ist beliebig vermehrbar und kostet erheblich weniger als ein Affe." Außerdem sei er "für Toxikologen auch ethisch unbedenklicher als der Affe und überdies durch lange Zuchtwahl herdenfähig, sanft im Wesen und willig im Pillenschlucken."¹

Folgende "toxikologische Routineuntersuchungen" werden, bereits angewandte Alternativmethoden hin oder her, immer noch täglich in den Labors durchgeführt:

Der "LD-50 Test"

Bei dieser "akuten Toxizitätsprüfung" erhalten zwei bis drei Tierarten, meist Ratten oder Mäuse und Hunde (statt der Hunde manchmal auch Affen) einmalige, hohe Dosen einer Substanz. Dauer des Versuchs: 1-2 Wochen. Der umstrittene LD-50 Test ermittelt, welche Dosis innerhalb einer bestimmten Zeit für über die Hälfte der Versuchstiere tödlich wirkt. Dabei gibt es Interessantes zu beobachten, "neben dem Zeitpunkt des Todes aber auch vie-



Anmerkungen:

¹ Horst Stern, Tierversuche, 1979, S. 85

² Pflanzenschutz und Gesundheit - Sicherheit durch Tierversuche, S. 13

³ Tierversuche in der BRD, Dokumentation der Tierversuchgegner NRW e. V., 1987/88, S. 8

⁴ Stern, ebd., S. 91

⁵ Prof. G. Zbinden, Züricher Toxikologe und Experimentator, in: bild der wissenschaft, Sonderdruck: Tierversuche, 3/1985, S. 35

⁶ aus: "Tierversuche - ein wissenschaftlicher Betrug", InfoBlatt der TVG NRW e. V., und: Pietro Croce, Tierversuch oder Wissenschaft, 1988, S. 22 ff

le weitere Faktoren: Art des Vergiftungsbildes, Zeitpunkt des Auftretens, Ausprägung der Symptome usw.", wie eine BAYER-Broschüre schwärmt.² Dumm für die vielbeschworene Verbrauchersicherheit, daß der LD-50 Test von einem Tag auf den anderen unterschiedlich ausfallen kann. Mehrere Untersuchungen haben nachgewiesen, daß bei der Prüfung ein und derselben Substanz von Labor zu Labor Abweichungen von 300 % auftreten können. Eine Studie der Universität Bremen stellte fest, daß bei am Abend durchgeführten LD-50 Tests alle Laborratten starben, 12 Stunden später beim absolut übereinstimmenden Testablauf alle Ratten überlebten.³ Zudem hängen die Ergebnisse von der verwendeten Spezies ab, weil die einzelnen Tierarten unterschiedlich reagieren können. Laut Tierschutzbericht 1995 sei der LD-50 Test "größtenteils durch die 'approximative LD-50 Bestimmung' ersetzt", wodurch 50 bis 75 % der Versuchstiere eingespart würden. Schön für die eingesparten Versuchstiere und die Hersteller, die Geld sparen und doch ihre haftungsrechtliche Absicherung nicht verlieren; belanglos für die Sicherheit der VerbraucherInnen: denn die kann ebenso wenig mit vielen wie weniger Tierversuchen erreicht werden.

Subchronische Toxizitätsprüfung

An zwei bis drei Tierarten, meist Ratten und Hunden, wird die Wirkung einer Substanz nach mehrfacher Anwendung getestet. Häufig muß eine Magensonde verwendet werden, weil die Tiere die Testsubstanz im Futter verweigern. Dauer des Versuchs: 2-4 Wochen. Die geschätzte Höhe der "Nulleffekt"-Dosis und die maximal verträgliche Dosis wird ermittelt - gültig für die jeweilige Tierart, an der getestet wurde, wohlgemerkt. Allerdings ist dann immer noch nicht bekannt, wie hoch oder niedrig sie beim Menschen ist. Vollends als Farce entlarvt wird das BAYER-Märchen "Sicherheit durch Tierversuche", wenn selbst bei der Industrie beschäftigte ForscherInnen sich tatsächlich mal zur Wahrheit aufraffen können. Etwa, wenn es heißt: "Es ist unmöglich, auf der Basis von toxikologischen Tierversuchen zu sagen, ob ein Heilmittel im klinischen Gebrauch sicher ist." Oder: "Letzten

Endes brauchen wir natürlich immer die klinische Forschung und den Patienten zur Prüfung, ob unsere im Tier gefundenen Hypothesen richtig sind."⁴ Medizinischer Fortschritt wird durch klinische und epidemiologische Untersuchungen erzielt und nicht durch Tierversuche. Zugegeben: Ans Gegenteil zu glauben, macht das Leben sehr viel leichter - es zu verbreiten, für viele profitabler.



Chronische Toxizitätsprüfung

An zwei bis drei Tierarten soll festgestellt werden, ob eine niedrige, im subchronischen Test angeblich unschädliche Dosis bei Langzeiteinnahme giftig wirkt. Dauer des Versuchs: 3, 12, 18 oder 24 Monate. Sowohl nach subchronischen als auch chronischen Giftigkeitstests werden die überlebenden Tiere "geopfert" (Experimentatoren-Jargon) und ihre Gewebe und Organe untersucht, z. B. die Konzentration des Prüfstoffes in einem Organ. Doch wie eine Substanz beim Menschen wirkt, kann erst festgestellt werden, nachdem am Menschen getestet wurde. So erzeugte das Schmerzmittel Azetaminophen bei Ratten selbst in einer Konzentration von 1.000 bis 1.500 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht nur leichte Leberveränderungen. Erst nachdem am Menschen getestet wurde,

stellte sich heraus, daß eine Dosis von bereits 200 bis 300 Milligramm für Menschen lebensbedrohend ist. Der Grund für die unterschiedlichen Reaktionsweisen von Ratte und Mensch lag in der unterschiedlichen Effektivität beider Arten in der Entgiftung und Ausscheidung dieses Schmerzmittels.⁵

Anmerkung zu den Fotos: Die Fotos stammen nicht aus BAYER-Labors. Dort herrscht oberste Geheimhaltungsstufe. Die gezeigten Versuche werden allerdings in gleicher oder ähnlicher Form in BAYER-Labors durchgeführt.

Katzengift ASPIRIN

"Toxikologische Routinetests" heißt für die Tiere, bei vollem Bewußtsein, ohne Schmerzmittelgabe, tage-, wochen- und monatelang vergiftet zu werden. Ihre Qualen kann man sich vorstellen. Schmerzmittel werden deshalb nicht gegeben, weil sie die Ergebnisse "verfälschen" könnten. Dabei sind diese Ergebnisse sowieso nicht auf Menschen übertragbar, denn Tiere reagieren oft sehr unterschiedlich. Nur fünf Beispiele:

BAYERs Jahrhundertpräparat ASPIRIN ist in Dosierungen, wie sie in der Humanmedizin verwendet werden, für Katzen giftig. Das vielgepriesene Penicillin wirkt auf Meer-schweinchen tödlich, auf Menschen und Mäuse nicht. Morphinum wirkt auf Katzen erregend bis zur unkontrollierten Wildheit und verursacht

tollwutähnliche Symptome; auf den Menschen wirkt es beruhigend und schmerzstillend. Chloroform, jahrelang in der Chirurgie als Narkotikum für Menschen verwendet, ist für Hunde tödlich. Strychnin wird von Affen, Meerschweinchen und Hühnern in Dosierungen vertragen, die bei einer ganzen Familie schwerste Krämpfe auslösen würde.⁶

Der berühmte Draize-Test

Besonders qualvoll ist der sog. Draize-Test, eine "Schleimhautverträglichkeitsuntersuchung", die u. a. zur Erprobung von Kosmetika, Waschmitteln und Pestiziden durchgeführt wird. Albinokaninchen wird eine Prüfsubstanz ins Auge eingebracht, wobei ein Auge zur Prüfung dient, das andere zur Kontrolle. Nach 24, 48 und 72 Stunden wird die Reaktion am Auge beobachtet. Kaninchenaugen werden allein deswegen benutzt, weil ihre Beschaffenheit den Prüfvorgang vereinfacht: Das Kaninchenauge ist nicht, wie beim Menschen, mit wirksamen Tränendrüsen ausgestattet, sodaß der Reizstoff nicht ohne weiteres ausgeschwemmt wird. Außerdem ist die Kaninchenhornhaut nur 0,36 Millimeter dick (Mensch: 0,51 Millimeter) und dadurch besonders empfindlich. Des Weiteren sind durch seine Größe Veränderungen gut zu beobachten. Während der sehr schmerzhaften Versuche werden die Kaninchen in Bändigungsapparaten festgehalten; Schmerzmittel erhalten sie nicht. Eine umfassende Studie in den USA deckte bereits 1971 "extreme Unterschiede" in der Art und Weise auf, wie die Laboratorien die Reaktionen der Kaninchen auf Standardreizstoffe beurteilten. Außerdem wiesen die Reaktionen der einzelnen Kaninchen breite Schwankungen auf. Trotzdem werden diese Versuche auch heute noch durchgeführt.

Dermatologisch getestet

Was steckt hinter diesem Werbe-Slogan "dermatologisch getestet"? In erster Linie ein "Hautverträglichkeitstest", der an Kaninchen, Meerschweinchen, Ratten oder Nacktmäusen durchgeführt wird. Bei Kaninchen und Meerschweinchen wird der Pelz am Rumpf völlig geschoren und die darunterliegende Haut abgeschabt. Dazu kann ein Klebeband angebracht und bis zur erforderlichen Hauttiefe abgerissen werden, oder die Haut wird mehrmals eingeritzt. Dann werden die Tiere mit den Prüfsubstanzen eingerieben und für 24 Stunden in einem eng anliegenden Gummischlauch bewegungsunfähig gemacht. Bei manchen Versuchen werden die Tiere bis zu 90 Tage lang in Bändigungsapparaten festgehalten. Die harmlosere Variante sieht Tests substanz plus Pflaster auf der geschorenen Haut vor.

Bei BAYER etwa sind Meerschweinchen rasiert und mit dem Mückenabwehrstoff AUTAN eingerieben worden. Anschließend wur-

den die Nager einem ganzen Schwarm der stechenden Insekten ausgesetzt, um die Wirkung des Mittels zu untersuchen (SWB berichtet).

Die Ergebnisse der dermatologischen Testung sind völlig unbrauchbar. Denn allergische Reaktionen treten im Tierversuch oft deshalb nicht auf, weil tierische und menschliche Immunsysteme in entscheidenden Bereichen derart unterschiedlich sind, daß eine Übertragbarkeit der Ergebnisse, wie sollte es anders sein, unmöglich ist. Trotz dermatologischer Testung nimmt die Zahl der Allergien in er-

Mitleid hilft nicht!

Bitte unterstützen Sie uns im Kampf gegen BAYER-Tierfolter. Spenden Sie bitte auf folgendes Konto: Postgiroamt Essen, Kontonummer 37 83 83, BLZ 360 100 43. Stichwort: Stoppt BAYER-Tierversuche. Vielen Dank für Ihre Hilfe.

schreckendem Ausmaß zu. Und dagegen gibt es dann wieder tierversuchsgetestete Salben und Tinkturen. Merke: Auch mit Nebenwirkungen lassen sich Geschäfte machen und neue Forschungsreiche eröffnen.

